

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 30/68
24. Juli 1968

Linksradikalismus
in der Bundesrepublik
im Jahre 1967

In dieser Ausgabe wird der Bericht des Herrn Bundesministers des Innern über „Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr linksradikaler Tendenzen im Jahre 1967“ abgedruckt.

Zur linksradikalen Tätigkeit im Jahre 1966 siehe: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/67 v. 12. Juli 1967.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich Mehrwertsteuer DM 0,31) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

I. Die Ziele der deutschen Kommunisten

Die Kommunisten verfolgten auch im Jahre 1967 zwei Hauptziele:

die Anerkennung des sowjetzonalen Regimes durch die Freie Welt sowie

einen „Klassen- und Volkskampf“ im freien Teil Deutschlands, durch den Staat und Gesellschaft schließlich in den „Sozialismus“ überführt werden sollen.

Diesen Zielen diene die gesamte gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete kommunistische Tätigkeit, die nach wie vor vom SED-Zentralkomitee geleitet wird. Unter seiner Führung sind der SED-Parteiapparat und die zahlreichen kommunistischen Organisationen in der Sowjetzone wie auch die illegale KPD gegen die Bundesrepublik tätig.

Insgesamt waren 1967 im Bundesgebiet 142 linksextreme Organisationen, darunter 7 Parteien und Wählergemeinschaften, 29 Jugendorganisationen und 106 sonstige Gruppen tätig. Die meisten von ihnen stehen unter kommunistischem Einfluß oder arbeiten mit kommunistischen Gruppen bei der Verfolgung ihrer politischen Nahziele zusammen.

1. Die Anerkennung der SBZ als „selbständiger Staat“

Die deutschen Kommunisten bemühten sich weiter, zunächst ihre Ausgangsbasis in der SBZ zu festigen. Die Führer der SED und die kommunistischen Agitationszentralen betonten im Jahre 1967 stärker als bisher die *staatliche Eigenständigkeit der DDR* und bekämpften den „*Alleinvertretungsanspruch*“ der Bundesregierung. Sie sagten eindeutiger als früher, eine *Wiedervereinigung* sei in absehbarer Zeit *nicht möglich*.

Die SED wies auf ihrem VII. Parteitag (17.—22. 4. 1967) die Vorschläge der neuen Bundesregierung, Erleichterungen im menschlichen Bereich und auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen, entschieden zurück. Sie benutzte den Parteitag vor allem dazu, ihre Macht in der SBZ zu stärken und der Bevölkerung ein eigenes Staatsbewußtsein aufzuzwingen. Dafür gab sie die Parole: „Nichts verbindet uns mit dem imperialistischen Westdeutschland, alles verbindet uns mit unserem sozialistischen Vaterland der DDR!“

Zum Jahresende faßte die SED-Führung das Verhältnis der beiden Teile Deutschlands in die Formel, die Bundesrepublik und die „DDR“

seien zwei *Staaten einer Nation*. Sie stünden zueinander in einem völkerrechtlichen, nicht in einem staatsrechtlichen Verhältnis. Sie seien füreinander zwar keine ausländischen,

INHALT

I. Die Ziele der deutschen Kommunisten

1. Die Anerkennung der SBZ als selbständiger Staat
2. Die „DDR“ als Sprecher der „friedliebenden und demokratischen Kräfte ganz Deutschlands“
3. „Demokratisierungsprozeß“ und „Bündnispolitik“ als Taktik
4. Kampf gegen das KPD-Verbot

II. Die Methoden

1. Die Taktik der Aktionseinheit
2. Volksfrontpolitik
 - a) Deutsche Friedens-Union
 - b) Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - c) Internationale der Kriegsdienstgegner
 - d) Deutsche Friedensgesellschaft
 - e) Infiltration christlicher Kreise
 - f) Jugendarbeit
 - g) Sozialistische Opposition
3. Fortsetzung des „Dialogs“
 - a) Veranstaltungen im Bundesgebiet
 - b) Veranstaltungen in der Sowjetzone
 - c) Reisen sowjetzonaler Funktionäre ins Bundesgebiet
 - d) Allgemeiner Reiseverkehr
4. „Offene“ Arbeit der KPD
 - a) Initiativausschuß für die Wiederezulassung der KPD
 - b) Petitionsbewegung
 - c) Offen erscheinende Zeitungen der KPD
5. Demokratische Linke

III. KPD-Organisation

1. Der illegale Apparat
2. Mitgliedschaft und Schulung
3. Betriebsarbeit
4. Verbreitung von KPD-Schriften
5. Deutscher Freiheitssender 904
6. Pro-chinesische kommunistische Gruppen
7. Zentrale Parteikontrollkommission
8. Die KPD und die internationale kommunistische Bewegung

IV. Kommunistische Agitation gegen die Bundesrepublik

1. Verleumdungskampagne gegen die Bundesregierung
2. Gegen die Notstandsgesetze
3. Gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam
4. Gegen die Verlängerung der NATO-Verträge
5. Verbreitung von Schriften
6. Politische Hauptverwaltung des SBZ-Verteidigungsministeriums
7. Sowjetzonaler Rundfunk
8. Korrespondententätigkeit

V. Sozialistischer Deutscher Studentenbund

VI. Tätigkeit in Berlin (West)

VII. Infiltration ausländischer Arbeitergruppen

1. Griechen
2. Spanier
3. Italiener
4. Sonstige
5. Agitation

VIII. Strafverfahren in Staatsschutzsachen

IX. Beurteilung

d. h. fremdländischen Staaten, jedoch müßten auch für sie die im normalen zwischenstaatlichen Verkehr üblichen Regeln gelten: Die Bundesrepublik müsse die „DDR“ völkerrechtlich anerkennen.

2. Die „DDR“ als Sprecher der „friedliebenden und demokratischen Kräfte ganz Deutschlands“

Obwohl die SED einerseits ständig behauptet, die beiden Teile Deutschlands ständen sich als selbständige Staaten gegenüber, mischt sie sich weiter in die Angelegenheiten der Bundesrepublik ein.

Im Jahre 1967 beschränkte sich die SED nicht mehr darauf, zu verlangen, die „DDR“ müsse „anerkannt“ werden; sie erhob darüber hinaus den Anspruch, nur die „DDR“ sei die Bewahrerin des fortschrittlichen Erbes der deutschen Geschichte und die einzig rechtmäßige Vertreterin des ganzen deutschen Volkes.

Bereits auf dem Neujahrsempfang 1967 des diplomatischen Korps hatte Ulbricht behauptet, die Politik der SED entspreche gleichermaßen den Interessen der Bürger der „DDR“ wie auch der friedliebenden Bürger der Bundesrepublik. Insofern sei es als völlig berechtigt zu sagen, daß er nicht nur für die 17 Millionen Bürger der „DDR“, sondern auch für die große Mehrheit der „Bürger der westdeutschen Bundesrepublik“ eintrete. Vor dem VII. Parteitag der SED erklärte er, es sei die geschichtliche Aufgabe der „DDR“, dazu beizutragen, daß auch Westdeutschland den Weg zur Überwindung von Militarismus und Imperialismus finde. Der KPD komme in diesem Kampf eine große Bedeutung zu.

Schließlich ging Ulbricht in seiner Neujahrsansprache 1968 noch einen Schritt weiter, indem er sagte, die „Deutsche Demokratische Republik“ und ihre Bürger würden ihre völkerrechtliche Verpflichtung anerkennen, den friedliebenden und demokratischen Kräften der westdeutschen Bundesrepublik bei der Erfüllung der vom Postdamer Abkommen gestellten Aufgaben politisch und moralisch zu helfen.

3. „Demokratisierungsprozeß“ und „Bündnispolitik“ als Taktik

Die Kommunisten wollen dieses Ziel im außerparlamentarischen revolutionären Kampf erreichen. In dem Bericht des Zentralkomitees der SED an den VII. Parteitag hieß es dazu, eine große, um die Arbeiterklasse gruppierte Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt solle die erforderlichen demokratischen Veränderungen in der Bundesrepublik herbeiführen.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED hat diese Taktik in dem 1967 neu-

aufgelegten Buch „Imperialismus heute“ dargestellt. In der Bundesrepublik könne der Sozialismus nicht direkt, sondern nur in Form einer stufenweisen Revolution erreicht werden. Zunächst sei es erforderlich, die Machtverhältnisse zu ändern, um im Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus eine neue Demokratie einzuleiten, die allmählich in die „sozialistische Etappe der Revolution“ hinüberwachsen solle („Demokratisierung“). Das Ziel dieses Kampfes sei die *Diktatur des Proletariats*. Auf der Grundlage dieser Richtlinien sind SED und KPD seit einigen Jahren tätig.

Das sowjetzonale Staatssekretariat für westdeutsche Fragen veröffentlichte im Dezember 1967 einen Aufruf zur „Einigung der demokratischen fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands und für ihre Zusammenarbeit mit der DDR“. Darin wird gefordert, neue Grundrechte seien zu schaffen, vor allem das Recht auf ein Leben frei von Militarismus und das Recht auf demokratischen Einfluß in allen Bereichen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. In Übereinstimmung mit diesem Aufruf des sowjetzonalen Staatssekretariats gab das KPD-Zentralkomitee im Dezember 1967 neue Weisungen für die politische Arbeit in Westdeutschland heraus. Darin wird erklärt, die Große Koalition habe kein Problem gelöst und die Klassengegensätze hätten sich verschärft. Das Steuer müsse deshalb „links herum“ gerissen werden. Die Stunde der außerparlamentarischen Opposition ist gekommen.

In seinem Aufruf erklärte das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen ferner, der Kampf um „demokratische Veränderungen“ in der Bundesrepublik, vor allem auch der außerparlamentarische Kampf, sei notwendig und legitim. Alle „demokratischen fortschrittlichen Kräfte“ müßten sich unter Führung der Arbeiterklasse zu gemeinsamen Aktionen und auf gemeinsame Ziele einigen.

Im Sinne dieser Bündnispolitik suchen die Kommunisten alle Arbeiter zur „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ zusammenzuführen oder durch die Einbeziehung bürgerlicher Kreise Volksfrontpolitik zu betreiben, um sie ihren taktischen Zielen dienstbar zu machen. Die Kommunisten unterstützten alle außerparlamentarischen Aktionen, die politische Ziele verfolgen, die auch Kommunisten als ihre taktischen Nahziele betrachten. Günstige Ansatzpunkte dafür boten die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die Demonstrationen gegen den Krieg der USA in Vietnam und die Kampagne für Abrüstung (Ostermarschbewegung).

4. Kampf gegen das KPD-Verbot

Die Kommunisten wissen, daß eine der Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, ihre



wehr politik

DEUTSCHER OFFIZIER XI. JAHRGANG

VISIER

CONTRA

Wehr INFORMATION

Des Pudels Kern

GERHARD KAST

RUHRT EUCH

INHALT: Sinn und Auftrag der Bundeswehr | Abwehr - Möglichkeiten - Abwehrwille | Fortbewegung der ... | Abwehrwille und Sicherheit | DIESE UMSCHAU | LESERTRIBUNE

Wehr INFORMATION

für die Truppe

CONTRA

Aus Bonn nichts Neues

NATO-Strategie und Bundeswehr

VISIER

VISIER

DER WICHTIGE KOMPLEX

Wehrersetzende Schriften

ungehinderte Arbeit im Bundesgebiet ist. Deshalb kämpfen sie für eine Aufhebung des KPD-Verbots. In diesem Kampf haben sie ihre Anstrengungen im Jahre 1967 erheblich ver-

stärkt. Sie lehnen es ab, eine neue verfassungskonforme Partei zu gründen, und bekennen sich entschieden zum Marxismus-Leninismus und zum Bündnis mit der SED.

II. Die Methoden

1. Die Taktik der Aktionseinheit

a) Zu den 1966 durchgeführten Landtagswahlen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern hatte die DFU keine Kandidaten aufgestellt. Die KPD hatte aufgerufen, die SPD zu wählen. Sie rechnete damit, nach Wahlerfolgen würde die SPD gegenüber der CDU/CSU eine „Alternativ-Politik“ im kommunistischen Sinne einschlagen. Der Eintritt der SPD in die Bundesregierung enttäuschte diese Hoffnungen. Deshalb warf *Reimann* der SPD-Führung groben Vertrauensbruch an ihren Wählern und Mitgliedern vor. Gleichzeitig kündigte er an, die KPD werde ihre Politik der Aktionseinheit gegen den Willen der SPD-Führung fortsetzen.

Günstige Ansatzmöglichkeiten für diese alte Taktik der „Aktionseinheit von unten“ sahen die Kommunisten bei Sozialdemokraten, die mit der Großen Koalition nicht einverstanden waren. Zu diesen Kräften versuchten die Kommunisten Verbindung mit dem Ziel aufzunehmen, eine offene Zusammenarbeit anzubahnen.

Die Kommunisten erwarteten, daß sich die Opposition innerhalb der SPD gegen die Große Koalition entfalten und die SPD-Führung zu einer anderen Politik zwingen werde. Um diesen Prozeß zu fördern, empfahlen sie den „oppositionellen Sozialdemokraten“, ihre Partei nicht zu verlassen.

In „Offenen Briefen“ und in zahlreichen Einzelgesprächen mit Sozialdemokraten behaupteten sie, die SPD-Führung habe ihre Mitglieder durch den Eintritt in die Große Koalition verraten. Sie habe die reaktionäre CDU/CSU gerettet und sich damit zum Handlanger des Monopolkapitals gemacht. Deshalb müßten die fortschrittlichen Kräfte in der SPD mit den Kommunisten zusammenarbeiten.

b) Daneben wandten sich die Kommunisten mit ihrer Aktionseinheitspolitik an die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften, die sie als stärkste Kraft der außerparlamentarischen Opposition ansehen. Die Kommunisten warfen der Führung des DGB vor, daß sie den westdeutschen Gewerkschaftern nach wie vor Beziehungen zum sowjetzonalen FDGB untersage. Die DGB-Spitze befinde sich offensichtlich in einem Zwiespalt. Einerseits lehnten die Gewerkschaften die Wirtschafts-, Notstands- und Aufrüstungspolitik der Bundes-

regierung ab, andererseits diskriminiere ihre Führung den FDGB. Träger dieser Arbeit gegen die Gewerkschaften war vor allem der sowjetzonale FDGB. Zusammen mit der SED, anderen kommunistischen Organisationen und staatlichen Stellen führte er in der SBZ mehrere hundert Veranstaltungen durch, um Gewerkschafter und auch SPD-Mitglieder in Gegensatz zu ihrer Führung zu bringen. Die wichtigsten Veranstaltungen dieser Art waren die „Deutschen Arbeiterkonferenzen“ während der Leipziger Messen im Frühjahr und Herbst, an denen jeweils mehr als 1000 Personen aus der Bundesrepublik teilnahmen.

Die Kommunisten identifizierten sich mit einigen tagespolitischen Zielen des DGB, insbesondere mit der Ablehnung der Notstandsgesetze. Sie unterstützten die von einzelnen Gewerkschaftern gebildeten Kuratorien gegen die Notstandsgesetze und hatten in einigen Fällen selbst an der Gründung solcher Kuratorien erheblichen Anteil. Auch den Kampf der Gewerkschaften um Ausbau der Mitbestimmung unterstützen die Kommunisten. Mit diesen Methoden soll eine Kluft zwischen den Gewerkschaften und den herrschenden parlamentarischen Kräften aufgerissen und die Arbeiterschaft zu Demonstrationen, Streiks u. a. veranlaßt werden. Die Kommunisten haben mit ihrer Taktik „Aktionseinheit von unten“ gewisse Erfolge erzielt. Nach einer Mitteilung des FDGB reisten im Jahre 1967 mehr als 31 000 Gewerkschafter auf Einladung des FDGB zu politischen Gesprächen in die SBZ. Diese Zahl dürfte annähernd richtig sein. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von etwa 4000 Personen.

Im Bundesgebiet konzentrierte sich der FDGB im Jahre 1967 darauf, Einzelgespräche mit Gewerkschaftern und Betriebsräten zu führen sowie — unterstützt von Kontaktpersonen in Betrieben und Genossenschaften — kommunistische Zellen zu gründen. Erste Erfolge errang er in Südhessen und im Ruhrgebiet. Gelegentliche Versuche, auf große DGB-Veranstaltungen einzuwirken, blieben erfolglos.

Im Jahre 1968 will der FDGB versuchen, den Beschluß des DGB, mit dem FDGB keine Kontakte zu unterhalten, aufheben zu lassen. Die Kommunisten hoffen, dieses Ziel erreichen zu können, weil der DGB und einige seiner Gewerkschaften Kontakte zu osteuropäischen Ge-

HEFT
11

SOLDATEN KURIER



Die Truppenzeitung des III. Korps 11. Jahrgang November 1967

Wachablösung in Koblenz



Original

WERBE
HEFT

SOLDATEN KURIER



Die Truppenzeitung des III. Korps 11. Jahrgang November 1967

Gefälschte Truppenzeitung

Fälschung

Claus Albrecht
ANTIQUARIAT
2 Hamburg 19
Emilienstraße 24
Telefon 400318

siegfried
journ
2 hamburg
eppendorfer baum 43
telefon 48 41 23

werkschaften aufgenommen haben. In dieser Hoffnung sehen sie sich auch durch einige Gewerkschaftsführer bestärkt, die geäußert haben, man könne den FDGB nicht länger ignorieren. Tatsächlich wurden die Beschlüsse des DGB, keine Kontakte zum FDGB aufzunehmen, nicht nur von DGB-Mitgliedern, sondern auch von einigen Funktionären mißachtet, die auf Einladung des FDGB in die SBZ reisten.

2. Volksfrontpolitik

Nach Bildung der Großen Koalition versuchten die Kommunisten noch intensiver als zuvor, auf die oppositionellen Kräfte der SPD und des DGB einzuwirken und sie zu gemeinsamen Protestaktionen zu vereinen. Sie änderten ihre Taktik insofern, als sie die Arbeit in ihren Hilfsorganisationen (Deutsche Friedens-Union, Bund der Deutschen u. a.) nicht weiter ausbauten. Statt dessen infiltrierten sie stärker als in früheren Jahren unabhängige Organisationen. Zur Koordinierung dieser Arbeit hat das ZK der KPD eine „Friedenskommission“ gebildet, die die Arbeit der Kommunisten und ihrer Anhänger in den einzelnen „Friedensverbänden“ anleitet.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner (KfA) gaben auf Grund dieses Einflusses ihre ursprünglichen Grundsätze (Pazifismus und Neutralität) zugunsten kommunistischer Forderungen immer mehr auf. Wie die Kommunisten agitierten auch sie gegen die Notstandsgesetze, gegen die amerikanische Politik in Vietnam und ihre angebliche Unterstützung durch die Bundesregierung, für die Anerkennung der „DDR“ und der Oder-Neiße-Grenze sowie für „europäische Sicherheit“.

a) Die 1960 gegründete *Deutsche Friedens-Union* (DFU), die ein Sammelbecken der außerparlamentarischen Opposition werden sollte, erreichte bei den Landtagswahlen im Jahre 1967 folgende Stimmenanteile:

	Landtagswahl 1967	Land- tags- wahl 1962/1963	Bundes- tags- wahl 1965
Schlesw.-Holst. (23. April)	11 526 = 0,9 %	1,2 %	1,0 %
Rhein.-Pfalz (23. April)	22 891 = 1,2 %	1,3 %	1,2 %
Niedersachsen (4. Juni)	29 304 = 0,8 %	0,6 %	0,8 %
Bremen (Bürgerschafts- wahl) (1. Oktober)	17 222 = 4,2 %	2,7 %	2,7 %

In sieben Landesverbänden führte die DFU 1967 Vorstandswahlen durch. Von den dabei gewählten 183 Personen sind etwa ein Viertel Kommunisten. In neun Landesvorständen des BdD wurden 169 Personen gewählt, darunter etwa ein Drittel Kommunisten. Die Kommunisten befinden sich meist in den Schlüsselpositionen und üben darüber hinaus durch die Bundesleitungen beider Parteien einen maßgebenden Einfluß aus.

DFU und BdD veranstalteten 1967 in sechs Bundesländern insgesamt 59 Foren mit Vertretern des „Friedensrates der DDR“ und des „Nationalrates der Nationalen Front“, an denen 9000 Besucher teilnahmen.

b) In der *Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner* (KfA) konnten die Kommunisten ihre Positionen weiter verstärken. Etwa ein Fünftel der Mitarbeiter im Zentralen Ausschuß (ZA) der KfA sind Kommunisten, die sich zudem durchweg in Schlüsselpositionen befinden und großen Einfluß haben. Auch einige Regionalausschüsse der Ostermarschbewegung stehen unter kommunistischer Kontrolle.

Entsprechend der kommunistischen Taktik ging die Ostermarschbewegung mehr und mehr dazu über, für „Demokratie“ in der Bundesrepublik, statt gegen Atomwaffen zu agitieren, wie es ihrer ursprünglichen Zielsetzung entsprechen würde. Im Januar 1968 gab sie sich folgerichtig auch den Namen „*Kampagne für Demokratie und Abrüstung*“ (KDA). Gleichzeitig gab sie bekannt, Ostern 1968 für „Demokratie“, gegen die Notstandsgesetze und gegen den „amerikanischen Krieg“ in Vietnam demonstrieren zu wollen.

Damit ist diese Bewegung weitgehend auf bekannte Nahziele der KPD eingeschwenkt.

c) Die Entwicklung in der *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IdK) zeigte ebenfalls, in welchem Maße auch diese ursprünglich neutrale und pazifistische Organisation von Kommunisten beeinflusst und gelenkt wird.

Die beabsichtigte Vereinigung der IdK mit dem unabhängigen „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK) scheiterte an den einflußreichen kommunistischen IdK-Funktionären, die die politischen Forderungen des VK ablehnten und sich für eine Fusion mit der ebenfalls kommunistisch infiltrierten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) entschieden ¹⁾.

¹⁾ Am 22. Juni 1968 schlossen sich die beiden Vereinigungen in München zu einem Verband „*Deutsche Friedensgesellschaft — Internationale Kriegsdienstgegner*“ zusammen. Nichtkommunistische Anhänger der IdK schlossen sich dann dem unabhängigen VK an.

Offener Brief

an die Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Arbeiterklasse muss die den Sozialdemokraten...
In dieser Situation muss die Arbeiterklasse...
...die den Sozialdemokraten...
...die den Sozialdemokraten...
...die den Sozialdemokraten...

Die Lage nach der Bildung der Regierung der großen Koalition und unsere nächsten Aufgaben

Referat des Genossen Max Reimann auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der KPD

Die große Koalition und das werktätige Volk

Entscheidung der 4. Tagung des Zentralkomitees der KPD

FREIES VOLK

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands
22. Jahrgang Nr. 6 (207) August-Ausgabe 1967
Preis: Kampfbroschüre

KPD zeigt Ausweg!

Das Volk soll Opfer bringen - reaktionäre Bourgeoisie soll die Verantwortung übernehmen!

Kampfgemeinschaft KPD-SED

Aus der Rede des Genossen Max Reimann vor dem VII. Parteitag der SED

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

Unsere Verantwortung...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

In die Zukunft



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis der menschlichen Tätigkeit
22. Jahrgang, Nr. 10
Preis: 1,00 DM

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Regierung Krewinger, Strauß, Wobler

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

FREIES VOLK

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands
22. Jahrgang Nr. 5 (204) Mai-Ausgabe 1967
Preis: Kampfbroschüre

Erben des Manifestes

VII. Parteitag der SED beschließt entwickelte soziale Gesellschaft - Kernsätze aus dem Manifest des PA

Das Manifest...
Das Manifest...
Das Manifest...
Das Manifest...
Das Manifest...

Mitgliederwerbung

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

Otto Niebergall
Abgeordneter der KPD
des Ersten Deutschen Bundeskongresses

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

Für eine demokratische Kulturpolitik

Vorschläge der KPD

Die Kulturpolitik der KPD...
Die Kulturpolitik der KPD...
Die Kulturpolitik der KPD...
Die Kulturpolitik der KPD...
Die Kulturpolitik der KPD...

Für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik

Wie WEITE



Für eine Frieden zum

MODERNE ZEIT - MODERNE WEGE

Schriften der KPD

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

KPD an der Seite der Studenten

Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...
Die große Koalition...

d) Die *Deutsche Friedensgesellschaft* (DFG) beging 1967 ihr 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß erhielt Dr. Martin Niemöller, Ehrenpräsident der Deutschen Friedensgesellschaft, den sowjetischen Lenin-Friedenspreis.

Bei Veranstaltungen feierten sowjetzonale Redner die DFG als traditionsreiche Vorkämpferin der Ideen, die in der „DDR“ verwirklicht seien. An einer Tagung zum Thema „Die Verantwortung der Kirchen für den Frieden der Welt“ im November 1967 in Nürnberg beteiligten sich sowohl evangelische als auch katholische Geistliche. Darin haben die Kommunisten in der DFG einen Erfolg ihrer Bemühungen gesehen, auf christliche Kreise Einfluß zu gewinnen.

e) Die verstärkte *Infiltration christlicher Kreise* zeigte sich auf der Tagung des Regionalausschusses der *Christlichen Friedenskonferenz* (CFK) im November in Köln. Gemäßigte Kräfte in der CFK wandten sich dagegen, daß die CFK Verlautbarungen herausgegeben habe, die auf der Linie der kommunistischen Politik lägen. Pfarrer Herbert Mochalski, Präsidiumsmitglied des kommunistischen Weltfriedensrates und Mitglied des internationalen Sekretariats der CFK, verteidigte diese Veröffentlichungen und forderte den Regionalausschuß auf, zu brennenden politischen Problemen wie dem Atomsperrvertrag, den Grenzfragen, der Notstandsgesetzgebung und der Anerkennung der „DDR“ öffentlich Stellung zu nehmen, nachdem mehrere Vorstandsmitglieder eine solche Diskussion bisher verhindert hätten. Wegen dieser Forderung kam es zu erheblichen Differenzen. Bei der Wahl des neuen Vorstandes schieden daraufhin mehrere unabhängige Pazifisten aus; mit Walter Diehl gelangte erstmals ein kommunistischer Funktionär in den Vorstand.

Der ehemalige evangelische Pfarrer Heinrich Werner, jetzt Bundesgeschäftsführer der DFU, gewann 1200 Theologen und kirchliche Mitarbeiter als Unterzeichner eines Offenen Briefes an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der sich gegen die Notstandsgesetze richtet. Die evangelischen Kirchenleitungen wurden darin aufgefordert, sich ebenfalls gegen die Notstandsgesetzgebung zu wenden.

Die Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien im April 1967 in Karlsbad rief auch die Katholiken auf, für die kommunistischen Forderungen zur „Sicherheit in Europa“ zu kämpfen. Die Monatsschriften der SED und KPD beschäftigten sich eingehend mit dem Thema „Kommunisten und Christen“. Sie deuten die in der päpstlichen Enzyklika „*Populorum Progressio*“ modifizierte katholische Soziallehre als Wendung zum Sozialismus und

hoffen, auf dieser Grundlage ihre Volksfrontpolitik erweitern zu können. Mit katholischen Theologen und Laien wollen auch die Prager CFK und die kommunistische Friedensbewegung zusammenarbeiten. Ein erster Schritt dazu ist die erwähnte Tagung der DFG in Nürnberg. Diese Bemühungen wie auch die Arbeit der „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ fanden in der Bundesrepublik kaum Resonanz.

f) Neue Wege beschritt die KPD in ihrer *Jugendarbeit*. KPD-Mitglieder oder von ihnen beauftragte Jugendliche gründeten auf örtlicher Ebene Jugendclubs („elan“, „liberté“, „international“, „humanité“ u. a.) zur Pflege der Geselligkeit und der politischen Aussprache. In Nordrhein-Westfalen schlossen sich diese Gruppen zu einer „Arbeitsgemeinschaft politischer Jugendclubs“ zusammen. In Frankfurt/Main gründeten Kommunisten eine „Arbeitsgemeinschaft politisch-literarischer Clubs“ (POL) auf Bundesebene. In die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen wurden vier Personen gewählt, darunter der Kommunist Rolf Jürgen Priemer, Redakteur des prokommunistischen Jugendmagazins „elan“²⁾.

g) Auch in der *Sozialistischen Opposition* (SO), die am 17. Juni 1967 in Frankfurt/Main mit dem Ziel gebildet wurde, alle oppositionellen Kräfte zu vereinen und eine neue sozialistische Partei „links von der SPD“ zu gründen, sind kommunistische Einflüsse wirksam. Die Initiatoren hofften, bei der Gründung von den Gewerkschaften unterstützt zu werden. Sie rechneten auch mit dem Zulauf unzufriedener Sozialdemokraten.

Die geplante Parteigründung hat die KPD durch ihren Einfluß in der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ und über Funktionäre anderer Gruppen der Sozialistischen Opposition verhindert³⁾. Die Kommunisten behaupteten, eine Mitarbeit größerer Teile der SPD und der Gewerkschaften sei nicht zu erwarten. Ohne eine solche Unterstützung werde die neue Partei aber zu einer Sekte. Professor Dr. Abendroth, der führende Repräsentant der nichtkommunistischen Kräfte in der Sozialistischen Opposition, schloß sich dieser Mei-

²⁾ Am 4. und 5. Mai 1968 (150. Geburtstag Karl Marx') gründeten Kommunisten in Essen die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), einen Jugendverband, der sich im wesentlichen auf die Angehörigen dieser Gruppe stützt. Es bleibt abzuwarten, ob damit die Tätigkeit der 1954 verbotenen FDJ wieder aufgenommen wird. Offensichtlich hielten SED und KPD eine solche Gründung wegen der linksradikalen Tendenzen unter Studenten und anderen Jugendlichen für aussichtsreich.

³⁾ Vgl. auch Abschnitt II 5 c).

nung an. Die Sozialistische Opposition ist eine lose Verbindung folgender Organisationen:

Sozialistischer Bund (SB) (Prof. Dr. *Abendroth*, Heinz *Brakemeier*), etwa 200 Mitglieder,

Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten (AdS), etwa 70 Mitglieder,

Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Opposition (ASO), etwa 300 Mitglieder,

Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS), etwa 500 Mitglieder.

ihre leitenden Funktionäre sind:

Dr. *Wolfgang Abendroth*, Professor in Marburg, Mitglied des Bundesausschusses, von 1946—1948 Professor in Jena und dort Mitglied der SED; 1961 aus der SPD ausgeschlossen wegen seiner Tätigkeit im SB; tritt in der SO für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein;

Albert Berg, Schriftsetzer, früherer Bürgerschaftsabgeordneter der SPD in Hamburg, 1960 aus der SPD wegen seiner Ostkontakte ausgeschlossen. Mitbegründer der VUS, in deren Auftrag er die „Sozialistischen Hefte“ herausgibt;

Heinz Brakemeier, Studienrat in Frankfurt/Main, Vorsitzender des SB; 1962 aus der SPD wegen der Tätigkeit im SDS ausgeschlossen;

Eberhard Dähne, Assistent von Prof. Dr. *Maus*, Marburg, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des SB und Vorstandsmitglied der ASO; ehemaliger SDS-Bundevorsitzender, 1962 aus der SPD wegen der Tätigkeit im SDS ausgeschlossen;

Dr. *Gerhard Gleissberg*, Redakteur und Mitherausgeber der wöchentlich erscheinenden „Die Andere Zeitung“, Hamburg, früher Chefredakteur des „Vorwärts“, 1957 aus der SPD ausgeschlossen, DFU- und VUS-Funktionär;

Heiner Halberstadt, Angestellter in Frankfurt/Main, Funktionär des SB und der ASO, ehemaliges Mitglied des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in Hessen und der Falken, 1962 aus der SPD ausgeschlossen; extremer Linksozialist, Mitglied im Zentralaussschuß der Ostermarschbewegung;

Dieter Höhne, Verwaltungsangestellter in Marburg, Funktionär des ZA der VUS, des SB und der ASO, früher SPD-Funktionär, 1961 zur DFU übergetreten;

Günter Muhs,

Bergmann aus Alsdorf/Aachen, Mitglied des ZA der VUS, 1960 aus der SPD ausgeschlossen.

Am 3. Februar 1967 gründete die Sozialistische Opposition in Frankfurt das „Sozialistische Zentrum“ als eine ständige Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Gruppierungen, um auf dieser Basis die verschiedenen sozialistischen Gruppierungen zu einer ideologischen und organisatorischen Einheit im Rahmen der außerparlamentarischen Opposition zusammenzufassen. Nach dem Vorbild des Sozialistischen Zentrums sollen in allen Teilen der Bundesrepublik ähnliche Organe auf örtlicher Ebene gebildet werden.

3. Fortsetzung des „Dialogs“

Die SED führte den „Dialog mit fortschrittlichen Kräften“ in der Bundesrepublik im Rahmen ihrer Politik der Aktionseinheit und der Volksfront fort. Im Februar 1967 erklärte *Ulbricht*, dieser Dialog werde solange weitergehen, bis die Werktätigen über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg gemeinsam handeln würden.

a) Veranstaltungen im Bundesgebiet

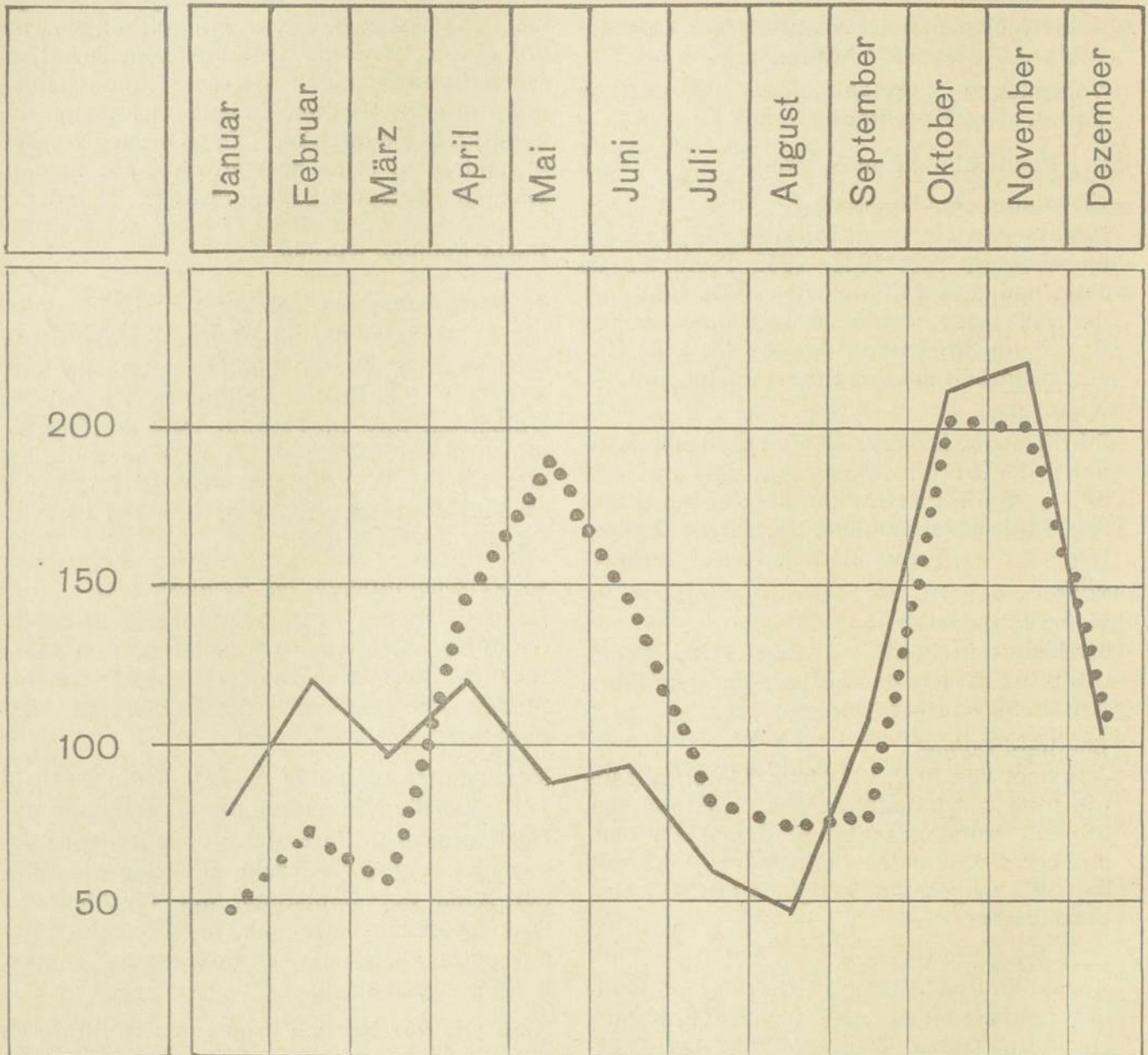
Kommunistische und kommunistisch beeinflusste Organisationen veranstalteten im Jahre 1967 in Zusammenarbeit mit sowjetzonalen Stellen 136 (Vorjahr 115) Treffen mit SBZ-Funktionären.

Veranstalter waren in 58 Fällen die DFU, in 17 Fällen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, in 23 Fällen Jugendorganisationen und in den restlichen 38 Fällen die KPD, der Bund der Deutschen, die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, die Deutsche Friedensgesellschaft, der Demokratische Kulturbund Deutschlands u. a.

Nach wie vor lag den Kommunisten nichts an einem offenen Gedankenaustausch. Sie brachten lediglich ihre Thesen vor. Auf keinem dieser „Foren“ gab es echte Diskussionen, die zu einer innerdeutschen Verständigung hätten beitragen können.

Außerdem entsandten die SED und andere sowjetzonale Organisationen ihre Funktionäre zu 118 (Vorjahr 70) Veranstaltungen demokratischer Organisationen und Gruppen, um auch dort für kommunistische Ziele zu werben. Veranstalter waren in 43 Fällen Sportgruppen, in 20 Fällen Jugend- und Studentenorganisationen, in zwölf Fällen kirchliche Kreise, in fünf Fällen landwirtschaftliche Vereinigungen und in den restlichen 38 Fällen sonstige Gruppen.

Sowjetzonale Funktionäre mit politischen Aufträgen im Bundesgebiet



1966 ●●●●●●●●

1967 —————

b) *Veranstaltungen in der Sowjetzone*

In der SBZ führten die Kommunisten mehrere hundert Veranstaltungen durch, die den gleichen Zielen dienten. Wie in den früheren Jahren gewannen sie dafür hauptsächlich Arbeiter, Gewerkschafter und Jugendliche, aber auch Angehörige anderer Berufsgruppen, Sportler, Gemeindevertreter, Landwirte, Mitarbeiter pazifistischer Gruppen und christlicher Kreise. An den „Deutschen Arbeiterkonferenzen“ während der Leipziger Messen, am Pfingsttreffen der FDJ in Chemnitz, an der Rostocker Ostseewoche und an zahlreichen anderen Veranstaltungen beteiligten sich insgesamt etwa 40 000 Personen aus der Bundesrepublik.

c) *Sonstige Reisen sowjetzonaler Funktionäre ins Bundesgebiet*

Die SED und andere sowjetzonale Organisationen entsandten auch 1967 Funktionäre mit politischen Aufträgen in das Bundesgebiet. Insgesamt wurden 1350 (im Vorjahr 1430) solcher Funktionäre erkannt. Sie sprachen sowohl auf Veranstaltungen kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen als auch bei Diskussionen demokratischer Gruppen; andere hatten geheime Aufträge auszuführen. Die Entwicklung dieser Reisetätigkeit in den letzten zwei Jahren zeigt die *Graphik* auf Seite 12.

Allein 502 dieser Funktionäre (= 37 %) entsandten die in der „Westarbeit“ führenden Organisationen SED, FDJ und FDGB; 190 (= 14 %) kamen im Auftrage des Deutschen Turn- und Sportbundes, 184 (= 14 %) auf Weisung kultureller Organisationen und oder von Publikationsorganen; 155 (= 12 %) schickten die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und 137 (= 10 %) die Nationale Front, der Friedensrat der DDR und die Blockparteien. Regionale Schwerpunkte dieser Tätigkeit waren nicht mehr — wie bisher — nur Nordrhein-Westfalen (413 Funktionäre = 31 %), Hessen (187 Funktionäre = 14 %) und Niedersachsen (157 Funktionäre = 12 %), sondern auch Bayern (188 Funktionäre = 14 %) und Baden-Württemberg (163 Funktionäre = 12 %).

Von den genannten 1350 Funktionären sollten 301 (= 22 %) auf 136 Veranstaltungen kommunistischer oder kommunistisch beeinflusster Organisationen sprechen. Weitere 327 Funktionäre (= 24 %) besuchten 118 Veranstaltungen demokratischer Organisationen. Die Funktionäre suchten ihre Kontakte zu Einzelpersonen im Bundesgebiet zu festigen oder neue Verbindungen für ihre subversive Arbeit zu knüpfen.

Die übrigen 722 Funktionäre (= 54 %) hatten geheime Aufträge. Sie sollten heimlich Kon-

takte zu Angehörigen demokratischer Organisationen bilden. Davon versuchten mehr als 200 SBZ-Funktionäre Verbindungen zu Mitgliedern und führenden Mitarbeitern der Gewerkschaften und der SPD herzustellen. Ebenfalls mehr als 200 Funktionäre nahmen Verbindung zu gewerkschaftlichen und anderen Jugendorganisationen auf; 155 führten politische „Gespräche“ mit Vertretern landwirtschaftlicher Vereinigungen. Außerdem wurden im politischen Auftrag besucht: Gemeindevertreter, Volkshochschulen, Universitäten und andere kulturelle Einrichtungen, pazifistische Gruppen, Handwerkskammern sowie Mitarbeiter von Presse und Funk.

d) Der *allgemeine Reiseverkehr* über die Demarkationslinie nahm gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Seine Entwicklung in den letzten vier Jahren zeigt die *Graphik* auf Seite 14. Private Reisen aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik waren — mit wenigen Ausnahmen — nach wie vor nur Rentnern gestattet, deren Anteil an den Reisenden aus der SBZ in den letzten vier Jahren etwa 90 % betrug.

4. *Offene Arbeit der KPD*

a) *Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD*

Die KPD hat ihre „Offene Arbeit“ wesentlich verstärkt. Sie ging 1967 in ihrer schon Jahre andauernden Kampagne gegen das Parteiverbot einen Schritt weiter: Eine zentrale Stelle im Bundesgebiet sollte die Einzelaktionen gegen das Verbot koordinieren, mit neuen Impulsen versehen und auf eine neue Ebene heben. Diese Aufgabe übernahm der „Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD“, der am 15. Februar 1967 von folgenden Kommunisten gegründet wurde:

Karl *Schabrod*, Düsseldorf, ehemaliges Mitglied der KPD-Landesleitung Nordrhein-Westfalen, ehemaliger Vorsitzender der KPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen,

Franz *Ahrens*, Hamburg, ehemaliger Chefredakteur des KPD-Zentralorgans *Freies Volk* und Mitglied des Sekretariats des KPD-Parteivorstandes,

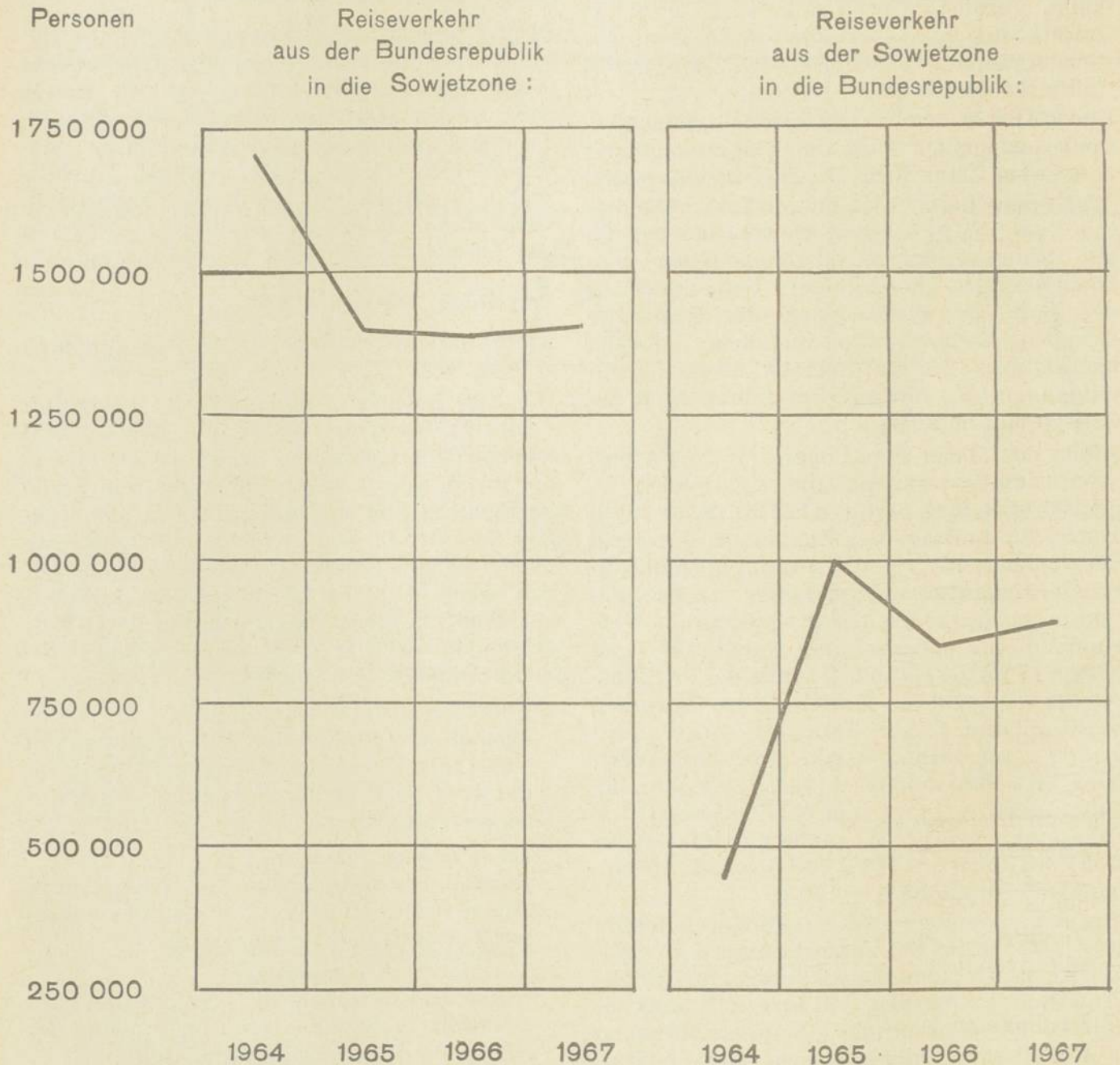
Kurt *Erlebach*, Hamburg, ehemaliges Mitglied des Sekretariats des KPD-Parteivorstandes und Abgeordneter der KPD in der Hamburger Bürgerschaft,

Richard *Scheringer*, Kösching/Bayern, Mitglied des KPD-Zentralkomitees,

Manfred *Kapluck*, Essen,

bis zu seiner Übersiedlung ins Bundesgebiet im Oktober 1966 Mitarbeiter des KPD-Zentralkomitees.

Entwicklung des Reiseverkehrs über die Demarkationslinie



Diese fünf Kommunisten veranstalteten am 14. März 1967 in Frankfurt/Main eine Pressekonferenz, auf der sie forderten:

Amnestie für alle Vergehen, begangen durch eine Tätigkeit für die KPD,

Meinungsfreiheit für alle ehemaligen KPD-Angehörigen,

Aufhebung des KPD-Verbots.

Sie behaupteten, die KPD stehe auf dem Boden des Grundgesetzes, und forderten, eine Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens durch eine vom Bundestag zu beschließende Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes möglich zu machen. Der Initiativausschuß habe keine Verbindung zur illegalen KPD, er betrachte sich nicht als deren Ersatzorganisation. Andererseits betonten die Mitglieder des Initiativausschusses, auch eine wiederzugelassene KPD werde marxistisch-leninistisch und nach dem kommunistischen Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ organisiert sein.

Der Pressekonferenz vom 14. März 1967 folgten Veranstaltungen in vielen Städten, auf denen die Mitglieder des Initiativausschusses sprachen. Einladungen zu solchen Foren und Diskussionsabenden gingen von KPD-Funktionären, kommunistisch beeinflussten Organisationen, aber auch von nichtkommunistischen Vereinigungen, wie z. B. Studentenverbänden, aus (siehe Bild Seite 16). An den Veranstaltungen nahmen jeweils 30 bis 700 Personen teil. In seinen „Informationen“ sagt der Initiativausschuß, seine Mitglieder seien bis zum Jahresende auf 96 öffentlichen Veranstaltungen aufgetreten, die von mehr als 20 000 Personen besucht worden seien.

Die vom Initiativausschuß angegebene Zahl der Veranstaltungen ist annähernd richtig, die Zahl der Besucher liegt dagegen tatsächlich bei 12 000.

Der Initiativausschuß beschränkte sich in seiner Agitation nicht auf die Forderung, das KPD-Verbot aufzuheben. Seine Mitglieder verlangten darüber hinaus

Anerkennung der bestehenden Grenzen und der „DDR“ sowie ein gut nachbarliches Verhältnis zur „DDR“,

Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik,

Zustimmung zu einem Atomwaffensperrvertrag.

Sie polemisierten ferner gegen die „Politik der Stärke“ und das „militärische Großmachtendenken“, gegen den Antikommunismus, die mit dem Aufkommen der NPD verbundene „neonazistische Gefahr“, gegen die Notstandsgesetzgebung und das „kapitalistische Wirt-

schaftssystem“. Sie traten für die Verstaatlichung der Grundindustrie, der Banken und der Presse ein und agitierten gegen die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik. Gelegentlich machte sich der Initiativausschuß noch deutlicher zum Sprecher der KPD. Im September 1967 veröffentlichte er seine Erklärung zur Finanzplanung der Bundesregierung, in der er Forderungen und Vorschläge der KPD wiedergab. Darin heißt es:

Die KPD habe gegenüber der Regierungspolitik echte Alternativen anzubieten,

mit ihren weitergehenden Vorschlägen stimme die KPD auch mit den gewerkschaftlichen Forderungen überein und

„an konkreten Maßnahmen schlägt die KPD vor ...“.

Der Initiativausschuß trat somit nicht für die Wiederzulassung der verbotenen Partei ein, sondern er identifizierte sich mit den politischen Zielen der KPD, wie sich die KPD in ihren öffentlichen Verlautbarungen auch mit dem Initiativausschuß politisch identifizierte. Wie die illegale KPD, so lehnten auch die Mitglieder des Initiativausschusses die Gründung einer neuen kommunistischen Partei ab. *Kapluck* erklärte dazu: Würde die KPD als „neue Partei mit völlig neuen Zielen“ auftreten, dann sei sie keine kommunistische Partei mehr und unterscheide sich nicht von den anderen Parteien in der Bundesrepublik. Die KPD könne weder auf ihr politisches Programm noch auf ihre Zielsetzung verzichten. Ihrer politischen Ausrichtung gemäß müsse sie für den Sozialismus eintreten. Ihr Ziel sei ein sozialistisches Deutschland. Die Absicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu ändern, sei jedoch kein Grund, den Kommunisten vorzuwerfen, sie seien gegen das Grundgesetz.

In einem Interview, das die Jugendzeitschrift „elan“ in ihrer April-Ausgabe veröffentlichte, erklärte *Kapluck*: „Obwohl Herr *Wehner* das empfohlen hat, wollen wir keine Neugründung der KPD. Wir wollen das Original und kein Duplikat. Wir wollen keine kommunistische Partei, der die Zähne fehlen.“

Im September und Oktober gründeten Kommunisten in Hannover, Mannheim und Frankfurt regionale Ausschüsse, die als Untergliederung des im März gebildeten Initiativausschusses anzusehen sind. Die Gründung und Tätigkeit dieser Ausschüsse fanden in Presse, Funk und Fernsehen beträchtliche Resonanz. Daraufhin veröffentlichte der Initiativausschuß Zusammenstellungen aller Publikationen und Äußerungen neutraler Persönlichkeiten, die sich für eine Aufhebung des KPD-Verbotess aussprachen.

Warum brauchen wir eine legale KPD?
Ist die Wiederzulassung rechtlich möglich?

Zu diesem Thema spricht am 30. Juni 1967

"BRAUCHEN WIR EINE LEGALE KPD?"

1967, 20 Uhr

KPD-Verbot im Kreuzfeuer

Das Verbot der KPD ist
deutsches Innenpolitik
Wahlrecht für die
deutsche parlamentarische
Regierung der Kommunisten

der KPD in Hamburg

Initiativ Ausschusses die Möglich-
keiten Kreisen Mannheims und

Einladung

Warum muss das KPD-Verbot fallen?

Zu diesem aktuellen Thema findet am Donnerstag,
den 11. Juli 1967, um 19.30 Uhr
in "SICHERHAUT", Saterstraßennachbar 5 (Nähe Altmarkt)

ÖFFENTLICHES FORUM

mit freier Diskussion und Fragestellung etc.

Einladung

zum öffentlichen politischen Forum

Leitung:

Ernst Steinbach, Ravensburg

Über das Thema:

Wiederzulassung der KPD

Das Für und Wider zum KPD Verbot

Es sprechen und diskutieren mit Ihnen:

Karl Schabrod
Düsseldorfer

ehemaliger
Vorsitzender

Manfred Kapluk

ehemaliger

Einladung

KPD Wiederzulassung Ja oder Nein?

In der Bundesrepublik eine
kommunistische Partei-Deutschland?
Wiederzulassung der KPD
ist rechtlich möglich!

Diskutieren Sie mit!

Mittwoch, den 11. Oktober 1967 um 19,30 Uhr
im Jägerhof, Bergisch Gladbach, Hauptstraße 278
(gegenüber Viktoria-Lichtspiele)

Thema spricht
Freitag, dem 29. September 1967

Karl Schabrod

des Initiativ Ausschusses für die
Wiederzulassung der KPD
und ehem. Vorsitzender

Einladung

zu einer
öffentlichen Versammlung
mit

MANFRED KAPLUK

Journalist, Mitbegründer des Initiativ Ausschusses
für die Wiederzulassung der KPD in der DDR

am Donnerstag,
20 Uhr, im Lokal
Pforzheim, Arf

Namhafte Persönlichkeiten von Politik und Gewerkschaften, Vertreter der Kirchen
haben sich mit dem „Für und Wider“ des KPD-
Verbotens im Ausland schon beschäftigt! Aufgrund
des Ansehens im Ausland schon geschadet! Aufgrund
zwischen der Bundesrepublik und solchen Ländern wie

Hier die Meinung von **Prof. Dr. jur. Helmut Ridd**
KPD hat zu tiefgreifenden Strukturveränderungen im
unter den **Kommunistenverdacht**, was nicht nur
Lebenselement der parlamentarischen Demokratie selbst

KANN DAS VERBOT DER KPD NOCH
ERHALTEN WERDEN?

Zu diesem Thema diskutieren am

MITTWOCH, DEM 11. OKTOBER 1967,
IM LOKAL "SCHÖNE AUSSICHT"
Frankfurt/Main-Höchst, Am Main

Es sprechen und diskutieren

des Initiativ Ausschusses

Karl Schabrod,
ehemaliger Fraktionsvorsitzender

Manfred Kapluk,
Journalist

Agitation für die
Wiederzulassung der KPD

Pfarrer Müller, Krieffel
Dieter Dilchert, Jugendvertreter
Robert Stelgenwald, Redakteur der "Marxistischen Blätter"

eingeladen sind die Parteien: SPD, CDU, FDP und DFU

Freie Aussprache

Die Einladener Peter Müller, Bergisch Gladbach, Norbert K...
wenden sich an alle Bürger, Demokratischen Parteien, Organi-
Stadtrat, die sich zum Problem der Wiederzulassung der KPD

b) Petitionsbewegung

Für die Wiedenzulassung der KPD agitierten auch die verschiedenen Gruppen der „Petitionsbewegung“.

Der *Petitionskreis Nordrhein-Westfalen* veranstaltete am 6. und 7. Mai 1967 in Düsseldorf eine „Konferenz zur Problematik des KPD-Verbots“, an der 160 Personen aus der Bundesrepublik und 45 aus dem westlichen Ausland teilnahmen.

Der *Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz* setzte seine Agitation fort. Er kündigte eine weitere Petition an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag an, mit der die Aufhebung des Parteiverbotes und der Erlass eines Amnestiegesetzes gefordert werden sollen. Im Herbst begann er mit der Vorbereitung einer Pressekonferenz, die am 17. Januar 1968 unter dem Motto „Polizeistaat Rheinland-Pfalz“ in Mainz stattfand.

Der *Hamburger Petitionsausschuß zur Aufhebung des KPD-Verbots* veranstaltete am 27. Juni 1967 ein öffentliches Forum über das Thema „Brauchen wir eine KPD?“. Etwa 100 Personen nahmen teil.

Am 20. Oktober wurde in Frankfurt/Main ein *Hessischer Ausschuß für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots* gegründet. Er forderte Bundesjustizminister Dr. *Heinemann* auf, noch vor Weihnachten im Deutschen Bundestag eine Gesetzesvorlage für ein Amnestiegesetz für alle im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot anhängigen gerichtlichen Verfahren einzubringen.

c) Die offen erscheinenden kommunistischen Zeitungen

Auf die besondere Bedeutung der offen erscheinenden kommunistischen Zeitungen hat die Schulungsschrift der KPD „Wissen und Tat“ in ihrem Heft Mai/Juni 1967 noch einmal hingewiesen:

„Sehr wichtig ist die Verbreitung der fortschrittlichen Presse. An dieser Arbeit kann jeder Genosse teilnehmen, selbst wenn er sich für die mündliche Agitation nicht sicher und gewandt genug fühlt“ (S 16).

Im Jahre 1967 erschienen folgende Blätter dieser Art:

„Blinkfuer“ für Hamburg und Schleswig-Holstein

„Neues Echo“ für Bremen

„Meinung“ für Niedersachsen

„tatsachen“ für Nordrhein-Westfalen

„Frankfurter Bote“ für Hessen

„offen und frei“ für Württemberg

„Unsere Zeit“ für Baden

„Tribüne für Frieden, Freiheit und Demokratie“ für Bayern.

Die Kommunisten verbreiteten 1967 etwa 1 800 000 Exemplare dieser Zeitungen.

Vier Zeitungen erschienen wöchentlich in einer Auflage von insgesamt 27 300 Exemplaren, die übrigen zweimal im Monat in einer Auflage von 19 500 Exemplaren.

Die in Hildesheim bis Ende 1966 unter dem Titel „heute“ herausgegebene Wochenzeitung erscheint seit dem 1. Januar 1967 mit dem Titel „meinung“, weil der Spiegel-Verlag den Titel „heute“ bereits vor längerer Zeit hatte schützen lassen.

Die Zeitung „Frankfurter Bote“ wird seit November 1967 in Rheinland-Pfalz unter dem Titel „Arbeitertribüne-Zeitung für kritische Leser in Rheinland-Pfalz“ herausgegeben. Sie erscheint auch mit dem Kopfblatt „Kasseler Bote“.

Der von Anton *Preckel*, Bonn, ehemaliger Leiter des Pressebüros der KPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 1956 herausgegebene Informationsdienst „Bonner Korrespondenz“ ist verbessert worden, um die offen erscheinenden kommunistischen Zeitungen besser mit Material versorgen zu können. Als Chefredakteur ist der Kommunist Georg *Polikeit*, Obertshausen, Krs. Offenbach, eingesetzt worden.

Im Rahmen ihrer „offenen“ Arbeit gaben die Kommunisten auch wieder *Broschüren* heraus und verbreiteten zahlreiche „*Offene Briefe*“ und *Flugblätter*.

5. Demokratische Linke

a) Die Bündnispolitik der KPD erhielt neue Impulse, nachdem die SPD in die Bundesregierung eingetreten und dagegen unter Sozialdemokraten Kritik laut geworden war. Max *Reimann* forderte auf der 10. Tagung des ZK der KPD im Juni 1967, alle demokratischen Kräfte, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Liberale und Christen sollten sich zusammenschließen, um die „Notstandsdictatur“ zu verhindern. Alle Kraft sei darauf zu konzentrieren, eine einheitliche „demokratische Bewegung“ zu schaffen. Gleichzeitig sprach sich *Reimann* dagegen aus, eine linkssozialdemokratische Partei zu bilden.

Bald danach wurde von Kommunisten in mehreren Städten Baden-Württembergs auf Versammlungen der „Zusammenschluß der Opposition“ erörtert. Initiativausschüsse und Wählervereinigungen wurden gegründet. Der Kommunist Fritz *Salm* erklärte auf der Gründungsversammlung einer solchen Wählervereinigung, die DFU und die (seit 1960 in Baden-Württemberg tätige kommunistisch kontrol-

lierte) Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit (VFS) sowie andere linksoppositionelle Gruppen hätten ihre Aufgabe bei früheren Landtagswahlen nicht erfüllt. Deshalb sei es unumgänglich, eine neue oppositionelle sozialistische Wählergemeinschaft zu bilden.

b) Schließlich gründeten Kommunisten am 22. November 1967 in Stuttgart unter dem Namen „Demokratische Linke“ eine neue Partei, die sich selbst als Wählergemeinschaft bezeichnet. Zum 1. Vorsitzenden wurde Eugen Eberle gewählt, der früher Mitglied der KPD-Landesleitung Baden-Württemberg war und jetzt parteiloser Stadtrat in Stuttgart ist. Auch andere führende Funktionäre der Demokratischen Linken und zahlreiche Mitglieder sind Kommunisten.

Das Programm der neuen Partei enthält die kommunistischen „Minimalforderungen“ (Kampf gegen die Notstandsgesetze, Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen, erweiterte Mitbestimmung u. a.). Schriften, in denen für die Demokratische Linke agitiert wurde, zeigt die Illustration auf Seite 19.

c) Kräfte, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten, kritisierten die neue Partei. Ein führender nichtkommunistischer Mitarbeiter der Sozialistischen Opposition warf den Kommunisten vor, sie hätten die Gründung vorbereitet, ohne mit anderen sozialistischen Gruppen Kontakt aufzunehmen. Sie hätten die Bestrebungen in der Sozialistischen Opposition, eine neue sozialistische Partei zu bilden, verhindert, gleichzeitig aber in Baden-Württem-

berg überstürzt eine neue Partei gegründet, deren Aussichten bei der Landtagswahl gering seien. Ein Mißerfolg aber werde der gesamten sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik schaden.

Auch führende Funktionäre der DFU, die nicht der KPD angehören, wandten sich gegen die neue Partei. Die DFU in Baden-Württemberg hatte nach dem Wahlerfolg in Bremen (4,2 %) gehofft, ihre Position bei der Landtagswahl wesentlich verbessern zu können. Diese Erwartung wurde durch die Parteigründung zunichte gemacht. Das führte zu Spannungen in der DFU, welche die Bundesführung veranlaßten, den für Mitte November in Stuttgart geplanten Bundesparteitag auf 1968 zu verschieben. Auf Druck des DFU-Direktoriums entschloß sich die DFU in Baden-Württemberg schließlich, bei der kommenden Landtagswahl keine eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern aussichtsreiche Mitglieder auf der Liste der Demokratischen Linken kandidieren zu lassen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der DFU in Baden-Württemberg, Julius Schwede, legte aus Protest gegen diese Entwicklung zum 31. Dezember 1967 sein Amt nieder. Der stellvertretende Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Fabrikant Carl Backhaus, verzichtete auf seine Funktion im Bundesvorstand der DFU. Er begründete das damit, der Bundesvorstand habe die Interessen der DFU in Baden-Württemberg ohne Not den Interessen der Demokratischen Linken geopfert⁴⁾.

III. KPD-Organisation

1. Der illegale Apparat arbeitet weiter

Der von den Grundeinheiten über die Kreis- und Bezirksleitungen im Bundesgebiet bis zum Zentralkomitee im Sowjetsektor Berlins straff organisierte illegale Apparat stellt nach wie vor das Rückgrat der Partei dar.

Während die politische Agitation weitgehend in den Bereich der „offenen“ Arbeit verlagert wurde, sicherte die konspirative Parteiorganisation den Zusammenhalt des inneren Kerns der Partei.

2. Mitgliedschaft und Schulung

Die Mitgliedschaft hat sich in Zahl und Altersstruktur nicht wesentlich verändert. Es gelang der KPD nur in geringem Umfang, neue Mitglieder — besonders junge Menschen — zu werben. Führende Funktionäre beklagten die Inaktivität eines großen Teiles der Mitgliedschaft. Viele Führungspositionen seien mit alten Parteimitgliedern besetzt, die zu dogmatisch und starr seien, um den Anforderungen

des politischen Kampfes gerecht zu werden und außerdem jüngeren Parteimitgliedern den Zugang zu Leitungspositionen verwehrten.

Die KPD-Führung versucht, diese Schwierigkeiten zu überwinden, indem sie verstärkt junge Parteimitglieder zu Schulungslehrgängen in die SBZ entsendet.

Im Jahre 1967 fanden in den vier Schulen der KPD in Mitteldeutschland insgesamt 31 Lehrgänge statt, darunter 22 Parteiarbeiterlehrgänge (8 Tage), drei Dreimonatslehrgänge und ein Jahreslehrgang. An diesen Lehrgängen nahmen mehr als 700 Funktionäre und Mitglie-

⁴⁾ Die Demokratische Linke blieb bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (April 1968) ohne Erfolg. Sie erzielte nur 2,3 % der Stimmen. Es bleibt abzuwarten, ob sie im ganzen Bundesgebiet tätig werden und sich an der Bundestagswahl 1969 beteiligen wird. Die KPD meint, durch die Demokratische Linke eine politische Linkstendenz, die sie zu erkennen glaubt, ausnutzen zu können. Sie betrachtet die Demokratische Linke als Test dafür, wie sie trotz des Parteiverbots wirken kann.



Mitteilungen

Demokratische Linke / Stuttgart / W. Rowanne



Die Alternative zur []alition in Stuttgart und Bonn

ZUM NEUEN JAHR

Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Herr...

Das Jahr 1967 beginnt mit neuen Hoffnungen für die...

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG der Demokratischen Linken in Karlsruhe

Referent: August Locherer, Stadtrat Mannheim u. stellv. Landesvorsitzender der DL

19 Uhr - Gaststätte „Ziegl“

INITIATIVGRUPPE FÜR DIE GRÜNDUNG EINER WAHLPROGRAMMGRUPPE FÜR DIE LINKE (DL) IN KARLSRUHE

EINLADUNG

Wir laden Sie ein, an der Gründungsversammlung der Demokratischen Linken in Karlsruhe teilzunehmen.

Unser WAHLPROGRAMM

I

Wir fordern eine... (text continues)

offen und frei

1. März 1967 17-19 Uhr
in der Aula der Universität
Karlsruhe

Man kann wieder links wählen

Am 22. November 1967 werden im ganzen Bundesland die...

Die Richtung stimmt nicht

Die CDU-Koalition weicht von ihrer Linie ab... (text continues)

extrablatt

demokratische linke



Die richtige Art Jetzt links wät

Man kann wieder LINKS wählen

Agitation für die Demokratische Linke

Am 22. November 1967 wird die DEMOKRATISCHE LINKE gegründet

Am 22. November wurde im Kurienaal von Stuttgart-Bad... (text continues)

Die Demokratische Linke will den Forderungen der... (text continues)

der der KPD aus dem Bundesgebiet teil. Für die Dauer der mehrmonatigen Lehrgänge erhielten die Familien der Teilnehmer eine finanzielle Unterstützung.

Die KPD bedient sich auch weiterhin der „marxistischen Zirkel“, um die Parteimitglieder sowie „linke“ Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu schulen. Im Jahre 1967 wurden weitere 31 Zirkel zu den bereits bestehenden 25 gegründet, davon allein 16 in Nordrhein-Westfalen.

Auf den Veranstaltungen marxistischer Zirkel referierten auch kommunistische Funktionäre aus der Sowjetzone. Die größte dieser Veranstaltungen organisierte die August-Bebel-Gesellschaft im April 1967 in Frankfurt/Main, an der 400 Personen teilnahmen.

Als Schulungsmaterial benutzen die marxistischen Zirkel vor allem die von der August-Bebel-Gesellschaft, Frankfurt/Main, herausgegebene Zeitschrift „Marxistische Blätter“ und die sowjetzonale „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

3. Betriebsarbeit

1967 ist in etwa 130 Betrieben (im Vorjahr 100) eine kommunistische Tätigkeit festgestellt worden. Neue Betriebsgruppen wurden nicht beobachtet.

Die Zahl der Betriebszeitungen stieg gegenüber 1966 um 16 auf insgesamt 65 an. Davon erschienen 40 regelmäßig in Auflagen zwischen 200 und 600 Exemplaren. Die Zeitungen wurden hauptsächlich von KPD-Betriebsgruppen herausgegeben.

Die KPD strebte vor allem danach, ihre Anhänger in gewerkschaftliche Vertrauensmännerpositionen und in die Betriebsräte zu bringen. Im Gegensatz zu früher wies sie ihre Mitglieder in den Betrieben an, nicht mehr offen als Kommunisten aufzutreten. Sie hoffte, mit dieser Taktik größere politische Erfolge erzielen zu können.

4. Verbreitung von KPD-Schriften

Wie in früheren Jahren ließ die KPD Teile ihrer Druckschriften nicht nur in der Sowjetzone, sondern auch in Österreich, Frankreich und Schweden herstellen. Mitglieder der kommunistischen Parteien dieser Länder waren dabei behilflich. Die Sendungen wurden entweder in diesen Ländern in die Postbriefkästen eingeworfen oder dort Funktionären des „Briefversandapparates“ der KPD übergeben. Diese gaben die Briefe — oft unter fingierten Absendern — in Städten der Bundesrepublik zur Post (siehe auch *Graphik* auf Seite 21).

Die KPD verbreitete 1967 auf diese Weise neben zahlreichen „offenen Briefen“, Broschüren und Flugblättern vier periodische Druckschriften:

Das Zentralorgan „Freies Volk“ mit 12 Ausgaben (Auflage je 15 000), die theoretische Zeitschrift „Wissen und Tat“ mit 7 Ausgaben (Auflage je 6000), den „Informationsdienst“ Max Reimanns mit 12 Ausgaben und den Pressedienst „KPD-Information“ (siehe auch *Illustration* Seite 9).

Während „Wissen und Tat“ überwiegend den Mitgliedern der KPD zugestellt wurde, gingen „Freies Volk“ und der „Informationsdienst“ auch Mitgliedern der SPD, des DGB und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu.

Die KPD ließ zahlreiche Fallschirmraketen heimlich aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik bringen. Die meisten wurden in der Nähe von Industriebetrieben abgeschlossen. Ferner benutzte die KPD neuartige Katapulte, um Flugblätter zu streuen.

5. Der Deutsche Freiheitssender 904

Der Sender unterstützte die Bemühungen der KPD, ihre Wiedezulassung zu erreichen und rief ihre Anhänger auf, gegen Notstandsgesetzgebung, Unternehmerwillkür und Große Koalition zu kämpfen. Mit polemischen Kommentaren suchte der Sender Gewerkschafter und Sozialdemokraten gegen ihre „rechten“ Führer, Soldaten gegen ihre Offiziere aufzuwiegen.

Im Oktober gab die KPD ein Postschließfach in Wien als Anschrift des Senders bekannt. Seitdem beantwortet „904“ täglich die in Wien eingegangenen Briefe und bittet, Berichte aus Industriebetrieben, Truppenzeitungen u. ä. einzusenden.

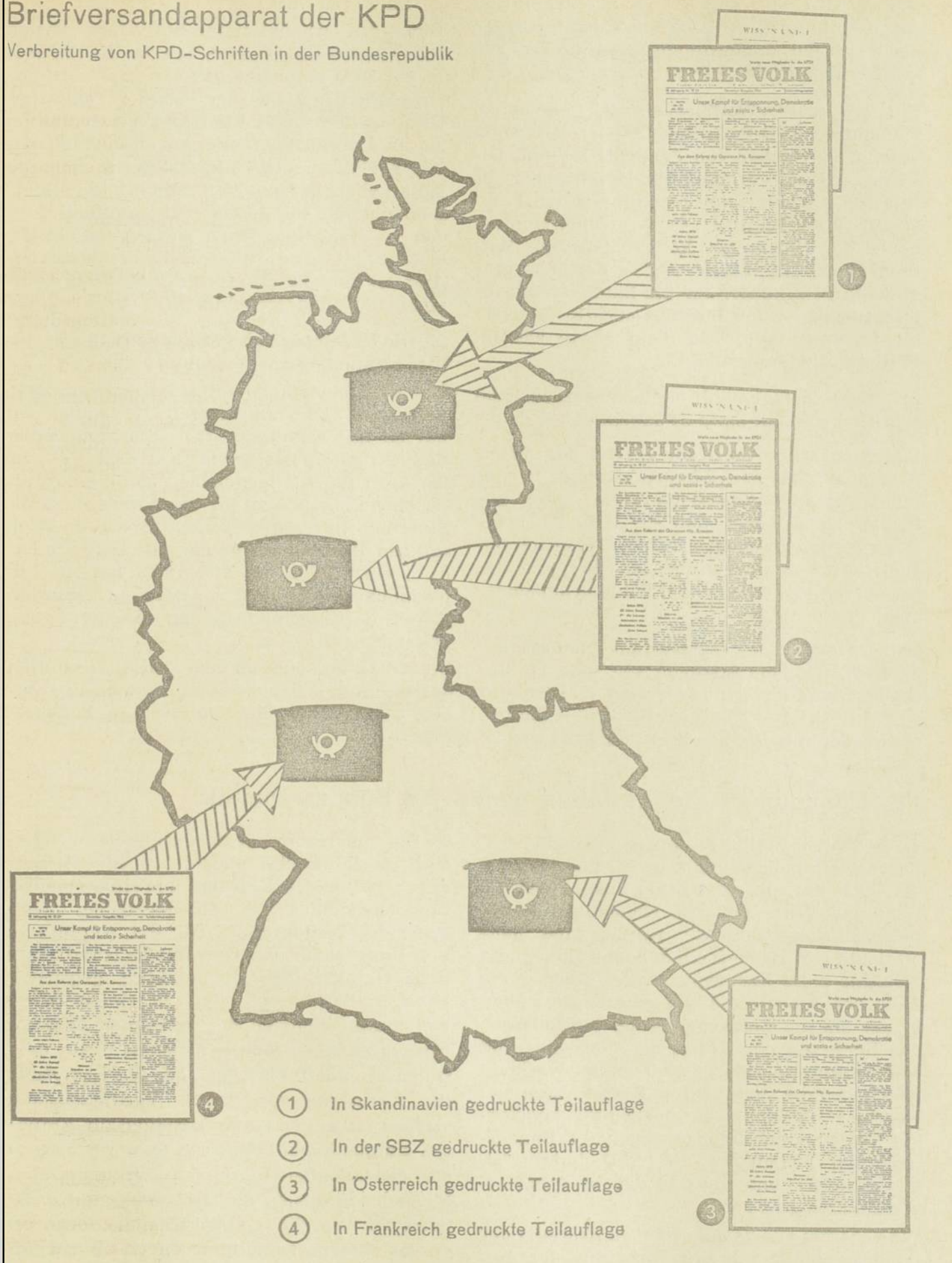
6. Pro-chinesische kommunistische Gruppen

Anfang 1967 kündigten einige wenige Kommunisten die Gründung einer Freien Sozialistischen Partei an. Das Zentralkomitee der KPD suchte der Gefahr einer Spaltung ihrer Anhängerschaft dadurch zu begegnen, daß es die Wortführer der Gruppe (Werner Heuzeroth, Gerhard Lamprecht und Günter Ackermann) als „Agenten des Verfassungsschutzes“ bezeichnete.

Die KPD-Führung konnte die Gründung der Freien Sozialistischen Partei zwar nicht verhindern, doch hielten ihre Gegenaktionen unzufriedene KPD-Mitglieder davon ab, sich der neuen Partei anzuschließen. Die Freie Sozialistische Partei blieb klein. Ihr Zentralkomitee gibt für die etwa 30 Mitglieder eine hektogra-

Briefversandapparat der KPD

Verbreitung von KPD-Schriften in der Bundesrepublik



- ① In Skandinavien gedruckte Teilaufgabe
- ② In der SBZ gedruckte Teilaufgabe
- ③ In Österreich gedruckte Teilaufgabe
- ④ In Frankreich gedruckte Teilaufgabe

phierte Flugschrift „Die Wahrheit“ heraus, in der es KPD, SED und KPdSU beschimpft und die revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte in der Bundesrepublik auffordert, sich um das Banner der FSP zu scharen.

Ein weiterer „Prochinese“, der ehemalige Hamburger KPD-Funktionär Ernst Aust, sagte sich im November von der KPD los und bekannte sich als Verfasser und Herausgeber der seit Juli erscheinenden pro-chinesischen Flugschrift „Roter Morgen“. Er war früher Herausgeber der Hamburger kommunistischen Wochenzeitung „Blinkfüer“ und ist der erste prominente Funktionär, der die Spaltung des internationalen Kommunismus auch in die KPD hineinzutragen versucht. Sein Abfall hat die Parteiführung beunruhigt.

Im Bundesgebiet verbreitete pro-chinesische Schriften sind auf Seite 23 abgebildet.

Das Auswärtige Büro der „Partei der Arbeit Albaniens“ hat den Mao-Anhängern in der Bundesrepublik finanzielle Hilfe unter der Bedingung zugesagt, daß sie sich zu einer Organisation zusammenschließen. Dies hat die Wortführer der verschiedenen Gruppen bereits veranlaßt, miteinander Fühlung aufzunehmen.

Im Auftrage der chinesischen Nachrichtenagentur Hsin-Hua erscheint seit dem 11. Dezember 1967 im Sclaris-Verlag in Hamburg eine illustrierte Wochenzeitschrift „China“, die für den chinesischen Kommunismus wirbt.

IV. Kommunistische Agitation gegen die Bundesrepublik

1. Auch 1967 stellte die kommunistische Agitation die Bundesrepublik im In- und Ausland als Staat dar, der in Politik, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft von ehemaligen Nationalsozialisten beherrscht werde. Eine neue Variante und zugleich einen neuen Höhepunkt erreichte diese Kampagne im Anschluß an die Note der Sowjetregierung vom 8. Dezember, in der sie die Bundesregierung beschuldigte, das Erstarken der Kräfte des Nazismus und Militarismus gefördert zu haben, und Maßnahmen gegen die „entfesselten Revanchisten und Neonazis“ verlangte. In einem breit angelegten Verleumdungsfeldzug gegen die Bundesregierung behauptete die SED fortgesetzt, CDU und SPD unterstützten die „kriegslüsterne neonazistische NPD“.

Die KPD rief alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, sich angesichts der drohenden neonazistischen Gefahr zu einer antifaschistischen Widerstandsfront zusammenschließen.

7. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der KPD

Die ZPKK arbeitet unter besonders strengen Sicherheitsvorkehrungen. Sie hat die Aufgabe, in die KPD eingeschleuste Agenten ausfindig zu machen und aus der Partei zu entfernen. Dazu wertet sie Material aus Strafverfahren aus und verhört Funktionäre und Mitglieder. Die ZPKK versucht auch, Material über die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zu sammeln, das sie teilweise in Veröffentlichungen zu Angriffen gegen sie benutzt. In der letzten Zeit wandte die ZPKK ihre besondere Aufmerksamkeit den pro-chinesischen Gruppen in der Bundesrepublik zu.

8. Die KPD und die internationale kommunistische Bewegung

Die KPD betrachtet sich als Glied der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie hat an der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlsbad (24. bis 26. April 1967) teilgenommen und die dort abgegebene „Erklärung für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ unterschrieben. In zweiseitigen Besprechungen mit „Bruderparteien“ (u. a. der KPdSU im Mai 1967) hat sie sich bedingungslos zu dem von Moskau geführten Flügel der kommunistischen Weltbewegung bekannt.

Die KPD nahm auch an dem Konsultativtreffen der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien im Februar 1968 in Budapest teil.

2. Die geplanten *Notstandsgesetze* waren auch im Jahre 1967 wieder ein Schwerpunkt der Agitation. Die KPD und ihre Hilfsorganisationen bemühten sich, die Bewegung „Notstand der Demokratie“, die ein Kuratorium von Professoren und Gewerkschaftsvertretern Ende Oktober 1966 in Frankfurt gegründet hatte, weiter auszubreiten. In vielen Fällen waren Kommunisten die Initiatoren örtlicher Kuratorien. Sie schoben meistens einen neutralen Einladerkreis oder auch die Kampagne für Abrüstung vor. Durch Vertrauensleute warben sie in den Gewerkschaften für Aktivität, um durch den Druck von Gewerkschaftern die Gewerkschaftsführer zu wirkungsvollen Maßnahmen gegen die Notstandsgesetze zu bewegen. Wo die Gewerkschaften Aktionen veranstalteten, versuchten die Kommunisten sich einzuschalten. In Funk und Presse hoben sie die Beteiligung der Gewerkschaften besonders hervor. Einige Kuratorien erhielten für

Offener Brief

An die Marxisten-Leninisten in der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Liebe Genossen!

Heute am 30. Jahrestag der großen Sozialistischen Oktoberrevolution werden wir wieder nach Ihren Genossen und Sie in Ihren Reihen die Zukunft des Sozialismus in Westdeutschland zu entscheiden haben. Die SPD hat sich der neuen Wende des Sozialismus, dieser revolutionären Wende die die SPD unter proletarischer Führung, die die SPD unter proletarischem Schulterswort führt, nicht angeschlossen, sondern sie will die Die restauratorische Erneuerung des Sozialismus, die die SPD ist, weiterführen. Die SPD ist ein sozialistisches Partei, die die SPD ist, ein sozialistisches Partei.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Sozialistisches Deutschland

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)

3. Jahrgang

(Nr. 70)

ausgegeben 6/1967

Inhaltsverzeichnis:

Triumph der Ideen Mao Tse-tungs 1 S. 2

Faschistischer Mord in Westberlin 5 S. 6

Dokument zum 17. Parteitag der MLPD - Abdruck Nr. 1

Schafft MLPD-Betrieb

Englische Fachtätigkeit

Verurteilt die SPD

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!



Die Wahrheit

Vorwärts im Kampf für ein sozialistisches Deutschland!

Organ des Zentralkomitees der Freien Sozialistischen Partei Deutschlands - Leninisten

Nr. 3

November 1967

Die systematische Verdrängung von Arbeiterpartei ist die gefährlichste Gefahr für die Arbeiterklasse. Wir müssen uns gegen die Verdrängung von Arbeiterpartei wehren. Die Arbeiterpartei ist die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Wir müssen die Arbeiterpartei stärken und sie zur Führung der Arbeiterklasse machen.

Aufruf an alle Sozialdemokraten, Linksozialisten und Kommunisten Westdeutschlands!

Liebe Genossen!

Roter Morgen

November 1967 10. Jahrgang Seite 20 ff.

Die Wahrheit

Organ des Zentralkomitees der Freien Sozialistischen Partei Deutschlands - Leninisten

November 1967 10. Jahrgang Seite 20 ff.

KÄMPFER der ROTEN JUGEND

Die Kampfer der Roten Jugend sind bereit, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. Sie sind die Avantgarde der Arbeiterklasse und die Kraft, die die Arbeiterklasse zu den großen Entscheidungen führt.

Nieder mit den bösen Arbeiterfeinden!

VORWÄRTS MIT DER FREIEN SOZIALISTISCHEN PARTEI/MARXISTEN, LENINISTEN!

Pro-chinesische Schriften

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

ihre Tätigkeit finanzielle Mittel aus kommunistischen Quellen⁵⁾.

3. Kommunisten waren auch die treibenden Elemente in der *Agitation gegen den „amerikanischen Aggressionskrieg in Vietnam“*.

Die „Hilfsaktion Vietnam“, in deren Büro Kommunisten verantwortlich tätig sind, erhielt bis zum Jahresende 1966 300 000 DM und im Jahre 1967 weitere 400 000 DM an Spenden zum Ankauf medizinischer Einrichtungen und Medikamente für das Rote Kreuz Nordvietnams und das Rote Kreuz der Vietcong.

4. Der kommunistische Weltfriedensrat kündigte eine *Kampagne gegen die Verlängerung des NATO-Vertrages* an, was zuvor schon die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im April 1967 in Karlsbad gefordert hatte. Im Jahre 1968 soll ein Friedenskongreß „Aktionen gegen die neonazistische Politik der Bonner Regierung“ beschließen und einleiten.

5. Verbreitung von Schriften

a) 1967 erschienen im Bundesgebiet 40 kommunistische und kommunistisch beeinflusste Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste mit einer durchschnittlichen Auflage von 185 000 Stück⁶⁾. Die illegale KPD und ihre Hilfsorganisationen verbreiteten 1967 insgesamt etwa 5,9 Millionen Exemplare solcher Periodika und Schriften — eine Zahl, die weiterhin rückläufig ist, wie die *Übersicht* auf Seite 25 zeigt.

b) Ferner wurden auch 1967 wieder Millionen kommunistischer *Schriften* in die Bundesrepublik eingeschleust. Der größte Teil befand sich in Briefen, die die Post aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik beförderte.

6. Die *Politische Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums der Sowjetzone* setzte ihre Agitationskampagne gegen die Bundeswehr und die Verteidigungspolitik der Bundesregierung fort. Mit ihren Flugschriften „Contra“, „Rührt Euch“ u. a. suchte sie die Moral und Verteidigungsbereitschaft der Truppe und das Vertrauen der Bevölkerung in sie zu zersetzen (siehe *Illustration* auf Seite 5). 1967 wurden sechs Schriftenreihen mit insgesamt 37 Ausgaben sowie eine gefälschte Ausgabe der Truppenzeitung des III. Korps der Bundeswehr verbreitet (*Illustration* Seite 7).

⁵⁾ Einen Höhepunkt hatte das Kuratorium Notstand der Demokratie mit seinem Sternmarsch auf Bonn am 11. Mai 1968, an dem ca. 25 000 bis 30 000 Personen aus allen Ländern der Bundesrepublik sich beteiligten. Die Kommunisten, die für diese Aktion besondere organisatorische und propagandistische Hilfestellung gaben, sehen die Demonstration als einen eindrucksvollen Erfolg an.

⁶⁾ Summe der durchschnittlichen Auflage aller kommunistischen Periodika im Jahre 1967.

Die Schriften wurden in der SBZ versandfertig gemacht, heimlich in die Bundesrepublik eingeschleust und hier in Postbriefkästen eingeworfen. Die Briefhüllen trugen häufig fingierte Absender.

Titel und Häufigkeit dieser Schriften zeigt die *Graphik* auf Seite 26.

Der Deutsche Soldatensender 935, eine Einrichtung der Politischen Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums des SBZ, unterstützte diese Zersetzungsversuche.

7. Der *sowjetzonale Rundfunk* verstärkte seine Sendungen für Hörer in der Bundesrepublik.

Der *Deutschlandsender* (DS) erweiterte die Wortsendungen in seinem Programm, das überwiegend für Hörer in der Bundesrepublik gestaltet wird, auf etwa 10 Stunden pro Tag. Er verschickte im Rahmen der Hörerpostbearbeitung polemische Druckschriften (z. B. „Visite“, „Braunbuch“, „Graubuch“ usw.), um mit den Hörern der Bundesrepublik in Kontakt zu bleiben. An interessierte Hörer wurden Vortragsmanuskripte über Einzelreferate versandt, die in der Sendefolge „Wissenschaftliche Weltanschauung“ gehalten wurden. Im August und Oktober führte er Fragebogenaktionen durch, um Hörergewohnheiten und Hörerwünsche festzustellen und auch Auskünfte darüber zu erhalten, ob die Postsendungen des DS ihre Adressaten in der Bundesrepublik Deutschland erreichten.

Der Auslandssender *Radio Berlin International* (RBI) erweiterte seine Sendekapazität um 4 Stunden auf ca. 54 Stunden täglich (auf neun Wellen). Das Programm wird in folgenden 12 Sprachen ausgestrahlt:

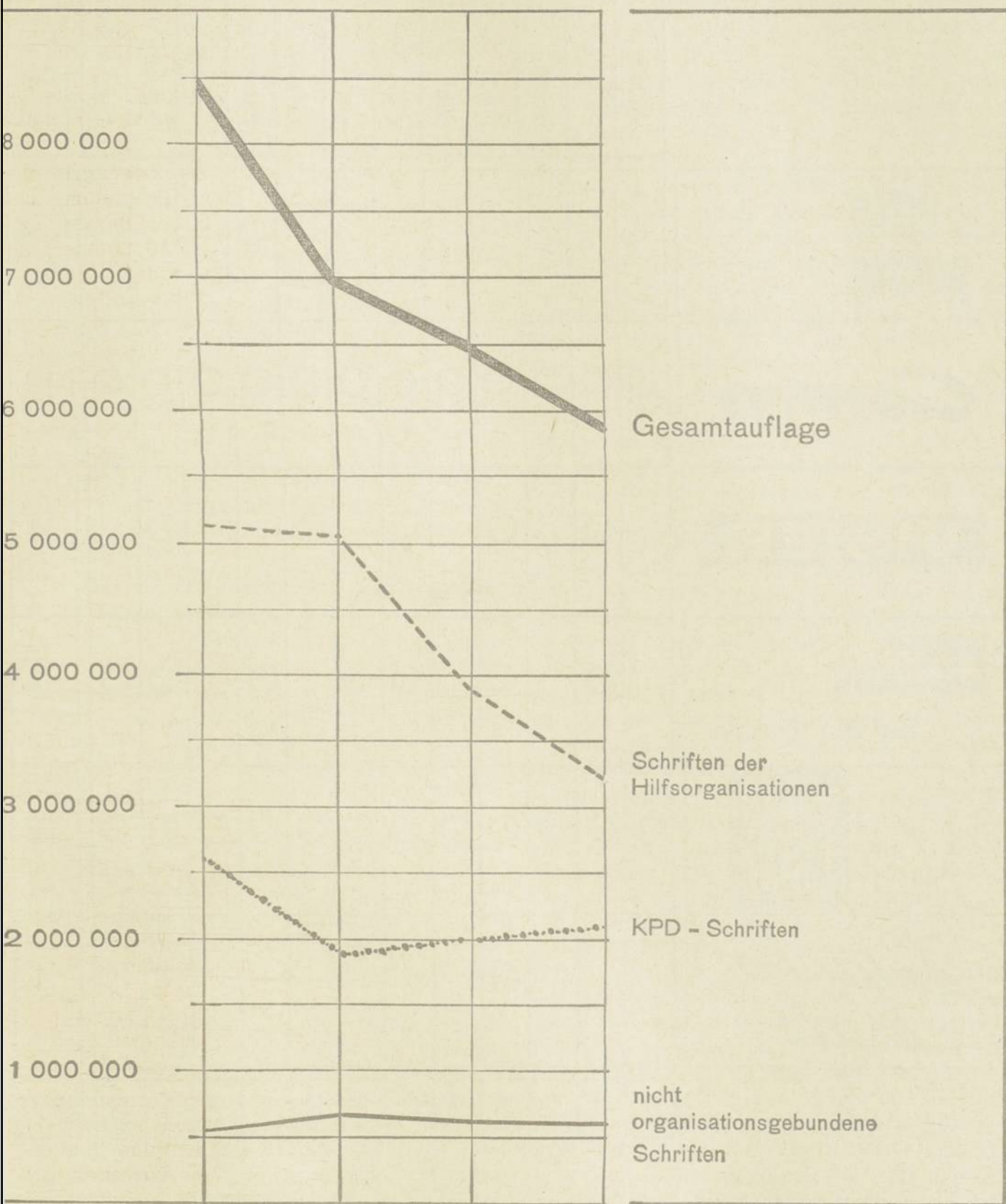
Deutsch, Englisch, Französisch, Dänisch, Schwedisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Arabisch, Indonesisch, Suaheli und Hindi.

Die Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit und Hörerverbindung“ gibt seit April 1967 eine Zweimonatsschrift „RBI-Journal“ in einer Auflage von 20 000 Stück heraus. Die Zeitung wird in deutsch-englischer und französisch-spanischer Fassung kostenlos versandt. Am 1. Februar 1967 gründete RBI einen RBI-DX-Hörerclub, der offenbar auch nachrichtendienstliche Belange wahrnimmt.

8. Die im Bundesgebiet tätigen *Korrespondenten* und Kameraleute sowjetzonaler Publikationsorgane — Presse, Funk, Film, Fernsehen — hatten wie im Vorjahr vor allem die Aufgabe, Material über Streiks, Arbeitsplatzkündigungen, Protestversammlungen, soziale Mängel und „neonazistische Umtriebe“ zu beschaffen.

Auflage der periodischen Schriften

1964 1965 1966 1967



Wehrersetzende Schriften
 Titel und Häufigkeit der Ausgaben

1967

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
wehr politik									○				1
Contra	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	12
VISIER		○		○				○			○		4
Wahre Information für die Truppe		○		○		○	○		○		○	○	7
RÜHRT EUCH	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	12
<i>Soldaten briefe</i>				○									1
	2	4	2	5	2	3	3	3	4	2	4	3	37

V. Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)

1. Im Jahre 1967 verdichteten sich radikale Tendenzen im SDS zu *verfassungsfreudlichen Bestrebungen*. An dieser Entwicklung hatte die revolutionäre Gruppe um den Berliner SDS-Vorsitzenden Rudolf *Dutschke* wesentlichen Anteil. Dem Kreis um *Dutschke* gelang es, auf der 22. Bundesdelegiertenkonferenz (4. bis 8. September in Frankfurt/Main) die Führung des SDS zu übernehmen. Von den fünf Mitgliedern des Bundesvorstandes sind vier der *Dutschke*-Gruppe zuzurechnen, einer ist Kommunist. In einem neu gebildeten Politkomitee sind *Dutschke* und mehrere seiner Anhänger vertreten.

2. Unter Führung der Gruppe um *Dutschke* bekannten sich der SDS und seine Funktionäre offen als *Gegner der verfassungsmäßigen Ordnung*. Sie vertreten eine „direkte Demokratie“ (Rätedemokratie) und eine „Erziehungsdiktatur“ (Marcuse), durch die das Bewußtsein des ganzen Volkes verändert werden soll. Sie treten für ein System ein, das sich auf Elemente der Lehre von *Marx* und *Lenin* stützt, aber auch anarchistische, dem herrschenden Kommunismus fremde Züge aufweist. Anklänge an Theorien *Trozkis* und *Maos* zeigen ihre Vorstellungen vom Machtkampf und der ständigen Revolution zur Verhinderung der Bildung neuer Klassen.

Die radikalen Tendenzen des SDS ergeben sich aus folgenden Beispielen:

Der SDS-Bundesvorstand erklärte im Juni 1967: „Das postfaschistische System in der Bundesrepublik ist zu einem präfaschistischen geworden. Es ist gekennzeichnet von der Aushöhlung der Demokratie zu einer Fassade, unter der sich rigoros die ökonomische Herrschaft privater Interessen und ihrer politischen Exekutivorgane durchsetzt.“

Im Juli antwortete *Dutschke* auf die Frage eines Spiegelreporters: „Sind Sie für die Abschaffung des Parlamentarismus, so wie er in der Bundesrepublik heute existiert?“, mit „Ja“ und fügte hinzu, der SDS erstrebe ein System direkter Demokratie nach Art einer Rätedemokratie.

Peter *Schütt*, SDS-Funktionär in Hamburg, erklärte in Die Andere Zeitung vom 2. November 1967: „Der verlogenen Parole ‚Seid nett zueinander!‘ ... müssen wir den revolutionären Haß entgegensetzen, das Mißtrauen an den schein-demokratischen Machenschaften des parlamentarischen Systems und den zersetzenden Zweifel an die Grundrichtigkeit der bestehenden Ordnung“.

In einem Anfang Dezember 1967 vom SDS Bonn verteilten Flugblatt findet sich der Satz:

„Vertrauen Sie nicht länger auf ihre gewählten Vertreter: das ist sinnlos geworden, seitdem das Parlament nur noch eine vom Monopolkapital lizenzierte Schwatzbude ist.“

In der Schrift „Neue Hamburger Taktik“ des SDS-Funktionärs Reinhold *Oberlercher* heißt es unter „Demonstrationstaktik“: „Gesetze sind dazu da, daß man sie unterläuft und umgeht.“

Dutschke sagte in einem Fernseh-Interview am 3. Dezember, er werde für seine revolutionären Ziele notfalls auch mit der Waffe in der Hand eintreten.

3. Der SDS beschränkte sich jedoch nicht auf diese und eine Anzahl ähnlicher Äußerungen. Er versuchte, seine *Theorien* auch zu *verwirklichen*. Das zeigten seine zahlreichen Aktionen in den Universitätsstädten, mit denen er die Tätigkeit verfassungsmäßiger Organe stören und provokatorisch die Bevölkerung gegen die Staatsgewalt aufbringen wollte.

4. Um seinen Einfluß zu vergrößern, gründete der SDS im Juni 1967 in Frankfurt/Main ein *Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler* (AUSS) als Dachorganisation von zunächst 29 Schülergruppen mit 1000 Mitgliedern.

Die Resolutionen der 2. Delegiertenkonferenz des AUSS (14./15. Oktober in Frankfurt/Main) zum Krieg in Vietnam, zur Notstandsgesetzgebung und zum Springer-Konzern charakterisieren das AUSS als Schülerbund des SDS. Das AUSS beschloß auch, im kommunistisch gesteuerten „Arbeitskreis Festival“ mitzuarbeiten und eine repräsentative Delegation zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen (Sommer 1968 in Sofia) zu entsenden.

5. Die Hoffnung der KPD, die Tätigkeit des SDS in ihr genehme Bahnen lenken zu können, hat sich bislang nicht erfüllt. Führende Funktionäre befürchten, die Radikalisierung des SDS werde die Abneigung im Volke gegen die Kommunisten erhöhten und die Bestrebungen der KPD, eine Aufhebung des Parteiverbotes zu erreichen, stören. Unbehagen bereitete der KPD auch die Erklärung der SDS-Bundesdelegiertenkonferenz, der Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD berge in Ansätzen die Gefahr in sich, allein im Rahmen des Parlamentarismus zu wirken und damit zu vergessen, daß die revolutionäre Theorie der KPD in der Diktatur des Proletariats liege.

Wie groß die Enttäuschung der KPD über die Entwicklung des SDS ist, verdeutlicht ein Artikel des Kommunisten Herbert *Lederer*, Mitglied des SDS-Bundesvorstandes, in der prokommunistischen Jugendzeitschrift „elan“

(Nr. 11/1967). Darin beklagt er, daß auf der Bundesdelegiertenkonferenz des SDS die revolutionäre Phrase im Vordergrund gestanden habe, nicht aber der Versuch, das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu festigen. *Dutschke* und seine kleinbürgerliche Mehrheit hätten nur so stark werden können, weil zuviel wildgewor-

dene Kleinbürger durch die Demonstrationen in den SDS hineingerutscht seien. Als „wildgewordene Kleinbürger“ pflegen die Kommunisten Anhänger des Anarchismus zu bezeichnen. KPD-Mitglieder beteiligten sich deshalb nicht mehr an provokatorischen Demonstrationen des SDS.

VI. Tätigkeit in Berlin (West)

1. Zu Beginn des Jahres 1967 konzentrierte sich die SED-Westberlin auf die *Wahlen zum Abgeordnetenhaus* und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 12. März 1967. Obwohl selbst hohe SED-Funktionäre nicht daran glaubten, daß ihre Partei die Fünf-Prozent-Klausel überspringen könne, rechneten sie doch mit einem Stimmengewinn gegenüber den Wahlen 1963, die knapp zwei Jahre nach dem Bau der Mauer stattfanden. Ihre größten Hoffnungen setzte sie dabei auf wirtschaftliche Schwierigkeiten, die in Teilen der Industrie gerade in den Monaten vor der Wahl aufgetreten waren. Darüber hinaus spekulierte sie auf Anhänger der SPD, die Gegner der Großen Koalition sind, sowie auf Stimmenzuwachs aus linksextremen Kreisen. Der SED gelang es lediglich, 29 925 Stimmen — etwa 2% — zu erreichen (1963 1,4%).

2. Der Parteivorstand der SED-Westberlin rief zum 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution alle Grundeinheiten auf, neue Mitglieder zu werben. Er erklärte später, bei dieser Kampagne seien etwa 700 neue Mitglieder gewonnen worden. Die jetzige Mitgliederzahl betrage 7100. Diese Zahlen dürften annähernd den Tatsachen entsprechen. Die Zahl der Abonnenten der SED-Zeitung „Die Wahrheit“, die viermal wöchentlich erscheint, sank von etwa 10 000 auf rund 9000.

Durch den Ankauf des Grundstücks Kaiserin-Augusta-Allee 101 (ehem. *Knorr-Mühle*) für Druckerei und Verlag „Die Wahrheit“ gelang es der SED-Westberlin, eine wichtige Voraussetzung für eine kontinuierliche Propagandarbeit zu schaffen. Der Kauf wurde über einen Strohmännchen abgewickelt. Die Kommunisten waren bereit, 3 Millionen DM aufzuwenden.

3. In der *Protestbewegung der Studenten* sah die SED-Westberlin einen guten Ausgangspunkt für das Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften. Wiederholt erklärte sie sich mit dem Kampf der Studenten und Professoren an Westberliner Universitäten und Hochschulen solidarisch und forderte „progressive Veränderungen“ im Bildungswesen und in der Gesellschaft. Alle wichtigen politischen Veranstaltungen der Studenten wurden von Funktionären der SED-Westberlin sorgfältig beobachtet.

Nach den Vorfällen beim Schah-Besuch am 2. Juni 1967 in Berlin intensivierte die SED-Westberlin ihre Bemühungen, ihre Isolierung zu durchbrechen und eine Aktionseinheit aller oppositionellen Kräfte herzustellen.

Andererseits erfüllt die Aktivität der außerparlamentarischen Opposition die SED mit zunehmender Besorgnis. Die Kommunisten fürchteten, durch diese Gruppen in den Hintergrund gedrängt zu werden. Der Parteivorstand der SED-Westberlin bezeichnet es deshalb als Aufgabe der Partei, die außerparlamentarische Opposition zwar mit allen verfügbaren Kräften zu unterstützen, gleichzeitig aber in die von den Kommunisten gewünschten Bahnen zu lenken. Tatsächlich gelang es der SED-Westberlin, etwa ab Herbst 1967 zahlreiche Kontakte zu führenden Funktionären einzelner Gruppen der außerparlamentarischen Opposition, besonders des SDS, herzustellen.

Trotz dieser Kontakte ist bisher der Einfluß der SED-Westberlin auf die einzelnen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition noch nicht bestimmend.

4. Gruppen der *außerparlamentarischen Opposition*, besonders der SDS und der Republikanische Club e. V., übertrafen in ihrer Aktivität und in ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit die SED-Westberlin und ihre Hilfsorganisationen bei weitem.

Der SDS verstand es, dabei eine beherrschende Rolle zu spielen. Seine Mitgliederzahl in Berlin stieg seit dem Sommer 1967 fast um das Doppelte auf 350.

Die Hochschulgruppen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, des Liberalen Studentenbundes Deutschlands, der Humanistischen Studenten-Union und anderer Vereinigungen an der Freien Universität gerieten weitgehend unter seinen Einfluß. Dem SDS gelang es, AStA und Konvent der FU für seine politischen Ziele einzuspannen. Er nutzte die Unzufriedenheit vieler Studenten über die Zustände an ihrer Universität und im Bildungswesen aus und erweckte bei Teilen der Studentenschaft den Eindruck, es sei beabsichtigt, sie in ihren Rechten, besonders in ihrer Meinungs- und Informationsfreiheit, zu beschneiden. Das führte dazu, daß sich auch viele nichtkommunistische Kleinbürger durch die Demonstrationen

nistische Studenten an seinen radikalen Kampfmaßnahmen beteiligten.

Je mehr und je offener sich jedoch der Berliner SDS in den darauffolgenden Monaten zu seinen verfassungsfeindlichen Zielen bekannte und je häufiger einige maßgebliche SDS-Funktionäre, vor allem Rudolf *Dutschke*, erkennen ließen, zur Verwirklichung ihrer Ziele sei u. U. auch Gewalt anzuwenden, um so mehr machte sich innerhalb der außerparlamentarischen Opposition ein Differenzierungsprozeß bemerkbar. Selbst innerhalb des SDS kam es in den letzten Wochen des Jahres zu erheblichen Auseinandersetzungen. Die Mehrheit der Mitglieder lehnte die von einigen Funktionären angestrebte offene Zusammenarbeit mit der SED-Westberlin ab und weigerte sich, an der von der SED-Westberlin und dem Republikanischen Club inszenierten Aktion für die Anerkennung der „DDR“ am 16. Dezember 1967 auf dem Kurfürstendamm teilzunehmen. Einzelne Funktionäre opponierten auch aus rein persönlichen Motiven gegen die führende Rolle *Dutschkes*; sie mißgönnten ihm seine Publizität.

Nicht zuletzt durch diese Entwicklung konnten der SDS und die übrigen Gruppen der außer-

parlamentarischen Opposition ihre Ziele — wie zum Beispiel die Errichtung der „kritischen Universität“ — nicht in dem angestrebten Umfang verwirklichen. Der SDS und der Republikanische Club griffen die von den Kommunisten betriebene Agitation gegen den Springer-Konzern auf. Sie leiteten eine breite Kampagne ein und erklärten, damit werde gegen das spätkapitalistische System selbst gekämpft. Daran beteiligten sich auch Organisationen im übrigen Bundesgebiet, besonders die Ostermarschbewegung.

SDS und Republikanischer Club haben das für 1967 geplante Springer-Tribunal bisher nicht zustande gebracht. Sie suchen dafür prominente Persönlichkeiten, die als Ankläger, Verteidiger und Richter fungieren sollen.

Der SDS und die übrigen linksextremen Gruppen genießen zwar nach wie vor bei zahlreichen Studenten Sympathie. Das zeigen z. B. die Ergebnisse der Konventswahlen an der FU. Trotz aller spektakulären Aktionen ist es ihnen aber nicht gelungen, sich die Basis, über die sie unmittelbar nach dem 2. Juni 1967 verfügten, zu erhalten. Ihre Bemühungen, die Arbeiterschaft für ihre Zielsetzungen zu mobilisieren, blieben erfolglos.

VII. Infiltration ausländischer Arbeitergruppen

Am 31. Januar 1968 befanden sich 902 864 ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. Das sind etwa 165 000 weniger als zu Beginn des Jahres 1967.

Darunter befanden sich:

227 629	Italiener
132 567	Griechen
123 404	Türken
106 428	Spanier
16 741	Portugiesen
84 829	Jugoslawen.

SED und KPD, die kommunistischen Parteien der Heimatländer und einige osteuropäische kommunistische Parteien haben auch im Jahre 1967 auf die Gastarbeiter (ausgenommen Jugoslawen) eingewirkt, um sie gegen die Regierungen ihrer Heimatländer, für politische Aktionen im Bundesgebiet zu mobilisieren und in ihren Reihen Anhänger zu gewinnen. Sie propagieren die Einheit der Arbeiterbewegung. Dafür sehen diese Parteien in der Bundesrepublik Deutschland besonders günstige Ansatzpunkte wegen der den Gastarbeitern gewährten politischen Freiheit. In anderen Ländern — z. B. in der Schweiz — dürfen sich Gastarbeiter kaum politisch betätigen.

Im Januar 1967 fand in Rom eine Konferenz der KPI zu Fragen der Emigration statt. Die KPD war durch Hugo *Machelett* vertreten. Lei-

tende Funktionäre erklärten dort, es sei die beste Methode, der Willkür der Unternehmer und den Repressalien der Polizei eine Abfuhr zu erteilen, wenn man sich dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterklasse in den Gastländern anschließe. Die Verbindungen der kommunistischen Gastarbeiter mit den Bruderparteien in den Gastländern müßten gefestigt und sie befähigt werden, die Massen der Arbeiter zum Schutze ihrer legitimen Interessen sowie zum Kampf für Frieden und Sozialismus zu vereinigen.

Auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas (24. bis 26. April 1967 in Karlsbad) riefen die Vertreter der teilnehmenden Parteien zum gemeinsamen Kampf gegen die Bundesrepublik auf.

Das Zentralkomitee der portugiesischen KP erklärte im Juli 1967, die Landsleute im Ausland sollten im Geiste des proletarischen Internationalismus mit den Genossen in den Gastländern zusammenarbeiten und Erfahrungen für ihre spätere Arbeit in der Heimat sammeln. Die Parteien der Gastländer sollten die Portugiesen solchen Organisationen zuführen, die ihren Interessen am ehesten entsprächen. Das ZK der kommunistischen Partei Spaniens erklärte, die ausländischen Arbeiter in Deutschland, die etwa 5,5 % der arbeitenden

Bevölkerung ausmachten, seien ein beachtlicher Machtfaktor. Dieser müßte zugunsten der Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt werden.

1. Die kommunistische Aktivität war besonders stark unter den *griechischen Arbeitern*. Anlaß dazu war die Übernahme der Macht in Griechenland durch die Militärregierung am 21. April 1967 und das Verbot der kommunistischen EDA-Partei, ihrer Jugendorganisation Lambrakis, der Zentrumsunion *Papandreous* und anderer politischer Gruppen.

Die sich unter den Griechen im Bundesgebiet verbreitende Unruhe nutzte vor allem die EDA aus, ihre Volksfrontpolitik zu verwirklichen. Neben ihrer funktionsfähigen Parteiorganisation im Bundesgebiet, die von Petros *Kounalakis*, Hamburg, geleitet wird, schlossen sich im August 1967 die Auslandsorganisationen der Partei zu einer Dachorganisation, dem Komitee der EDA Westeuropas, zusammen.

Um möglichst alle Griechen in der Bundesrepublik in den politischen Kampf gegen die neue Regierung einzubeziehen, bildete vor allem die EDA in zahlreichen Orten „antikommunistische Aktionskomitees“. Auf nicht von ihr gegründete ähnliche Vereinigung gewann sie Einfluß.

Es gelang der EDA, auch mit Funktionären der Zentrumsunion in der Bundesrepublik Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit zu erzielen. Politiker der Zentrumsunion erklärten allerdings, diese Funktionäre seien nicht autorisiert, im Namen der Zentrumsunion zu sprechen.

Für ihre Öffentlichkeitsarbeit benutzt die EDA die von *Kounalakis* herausgegebenen Griechischen Nachrichten (in Deutsch) sowie Neues Griechenland und Antistasi (in Griechisch). Sie erhält ferner Propagandamaterial aus der Sowjetzone. Größere Mengen sind auch von Westberliner EDA-Funktionären im Sowjetsektor Berlins abgeholt und in das Bundesgebiet verbracht worden. Der Deutsche Freiheitssender 904 der KPD unterstützt in regelmäßigen Sendungen die Tätigkeit der EDA.

Funktionäre der EDA und ihrer Jugendorganisation Lambrakis unterhielten auch weiterhin Verbindungen zu SED und FDJ. Auf deren Initiative hielten sich im März 52 griechische Arbeiter sowie einige Spanier und Türken mehrere Tage im Sowjetsektor Berlins und in der SBZ auf. Sie wurden von Funktionären der SED und FDJ sowie von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Griechenlands betreut, die im Sowjetsektor Berlins ein Büro unterhält.

Die EDA fordert den Sturz der Militärregierung, um danach eine Volksfrontregierung zu

bilden, die Monarchie abzuschaffen und den Austritt Griechenlands aus dem westlichen Verteidigungsbündnis zu erklären.

Es gelang der EDA 1967, die Zahl ihrer Anhänger zu vergrößern und ihren Einfluß in anderen Organisationen wesentlich zu erweitern. Ihre Absicht, eine Exilregierung unter Beteiligung anderer oppositioneller Gruppen zu bilden, konnte sie jedoch nicht verwirklichen.

2. Die *KP Spaniens* hat neue Mitglieder gewonnen und wie bisher die politische Tätigkeit anderer spanischer Vereinigungen beeinflußt. In mehreren Großbetrieben bildeten spanische Kommunisten Arbeiterkommissionen. Das von der *Libertad para Espana*, einer in Belgien erscheinenden spanischen kommunistischen Zeitung, am 13./14. Mai 1967 in Brüssel veranstaltete Pressefest benutzte die KP Spaniens wiederum zu Arbeitsbesprechungen mit ihren Mitgliedern und Funktionären aus der Bundesrepublik.

Bei einer Hausdurchsuchung in Kassel wurden bei dem Leiter der dortigen Gruppe der KP Spaniens zahlreiche kommunistische Schriften und verschlüsselte Aufzeichnungen gefunden. Gegen den Funktionär wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet. Dies hat die Parteiführung veranlaßt, noch heimlicher als bisher zu arbeiten.

3. Die *italienischen Arbeiter* wurden auch 1967 von Funktionären der KPI betreut, die jeweils für kurze Zeit in das Bundesgebiet kamen. Neben dem Mitglied des ZK der KPI, *Pellegrini*, hielten sich auch Instrukteure im Bundesgebiet auf, um ihre Landsleute zu veranlassen, an den Wahlen im Heimatland teilzunehmen. Einem kommunistischen Funktionär aus Sizilien, der im Juni kommunistisches Propagandamaterial einschleusen wollte, wurde die Einreise — gemäß § 10 Ziffer 11 des Ausländergesetzes — verweigert.

Die seit Jahren von Radio Prag ausgestrahlte Sendung „Oggi in Italia“ wird seit Juni 1967 von der Sowjetzone aus gesendet. Der verantwortliche Redakteur, der unter dem Pseudonym *Guido Verdi* auftretende italienische Kommunist *Fulvio Sanna*, und die Leiterin der italienischen Redaktion von *Radio Berlin International* (RBI), *Anna Ferrari*, ebenfalls ein Pseudonym, unterhalten eine rege Korrespondenz mit ihren Landsleuten in der Bundesrepublik. Im Dezember 1967 wurden Briefe *Verdis* erstmals in norddeutschen Städten aufgegeben und dabei deutsche Namen als Absender benutzt. *Verdi* und *Ferrari* besuchten 1967 Unterkünfte italienischer Arbeiter in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

4. Die Bemühungen *türkischer* und *portugiesischer Kommunisten*, auf ihre Landsleute einzuwirken, waren gering.

Der Bund der *Kommunisten Jugoslawiens* beschränkte sich darauf, den jugoslawischen Gastarbeitern vor allem Gewerkschaftszeitungen zu übersenden. Diese enthielten keine Angriffe gegen die Bundesrepublik.

5. Ausländische Arbeitskräfte erhielten auch regelmäßig aus Sowjetblockländern umfangreiches *Agitationsmaterial*, das zum Teil über westliche Länder geschickt wurde.

Kommunistische *Rundfunkanstalten* setzten ihre täglichen Informationssendungen in Spanisch, Griechisch, Türkisch, Portugiesisch und Italienisch fort. Die Sendungen des Deutschen Freiheitssenders 904 in diesen Sprachen (außer Portugiesisch) hatten hetzerischen Charakter. Sie dienten dazu, unter den Ausländern Unzufriedenheit und Unruhe zu stiften. Der DFS 904 verbreitete auch Beschlüsse der KPD und SED in fremdsprachlichen Sendungen.

Zum 1. Mai forderte er die „zeitweiligen Kampfgefährten“ der deutschen Arbeiter zu gemeinsamen Demonstrationen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen, die Wiedergeburt des Nazismus und die Unterstützung der Amerikaner in Vietnam durch die Bonner Regierung auf.

Die Zahl der Gastarbeiter, die mit diesen Sendern korrespondieren, nahm erheblich zu. Der DFS 904 nannte hierfür als Deckanschrift wiederholt sein Postschließfach in Wien.

1967 beteiligten sich entsprechend den Weisungen ihrer kommunistischen Parteien häufiger als zuvor griechische und spanische Arbeitergruppen an Demonstrationen kommunistisch beeinflusster Organisationen. Diese wiederum unterstützten Protestaktionen der Griechen und Spanier.

Die beharrlichen und vielfältigen Versuche ausländischer, aber auch deutscher Kommunisten, auf die Gastarbeiter einzuwirken, haben 1967 zunehmende Erfolge gezeigt. Politische Ereignisse in den Heimatländern (Griechenland) trugen zu einer Radikalisierung bei.

VIII. Strafverfahren in Staatsschutzsachen

Nach Feststellungen des Bundesministers der Justiz wurden 1967 folgende Staatsschutzverfahren geführt, wobei in den Fällen der Staatsgefährdung Verfahren und Urteile sowohl wegen linksradikaler als auch rechtsradikaler Betätigung enthalten sind:

1. Am 31. Dezember 1967 wurden mithin tatsächlich 950 *staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren* betrieben (wegen Hochverrats 1, wegen Staatsgefährdung 262, wegen Landesverrats 687).

2. Am 31. Dezember 1967 wurden 200 *gerichtliche Verfahren* betrieben, und zwar wegen Hochverrats 1, wegen Staatsgefährdung 57 und wegen Landesverrats 142 Verfahren.

3. *Rechtskräftig verurteilt* wurden im Jahre 1967 wegen Staatsgefährdung 25 Personen und wegen Landesverrats 117 Personen. Am 31. Dezember 1967 haben sich eine Person wegen Staatsgefährdung und 38 Personen wegen Landesverrats in Straftat befunden.

IX. Beurteilung

1. Die deutschen Kommunisten sind bestrebt, sich günstige Ausgangsbasen für ihr Fernziel zu schaffen, auch den freien Teil Deutschlands unter ihre Herrschaft zu bringen. Da die Aussicht gering ist, unter den Anhängern der großen politischen Parteien Einfluß zu gewinnen, verstärken die Kommunisten ihre Anstrengungen, Positionen in pazifistischen Gruppen und kirchlichen Kreisen sowie in mittleren und unteren Gliederungen der Gewerkschaften zu erlangen.

Sie hatten mit dieser Taktik insoweit Erfolg, als es ihnen gelang, die Aktivität ursprünglich pazifistischer Gruppen (Ostermarschbewegung, Internationale der Kriegsdienstgegner, Deutsche Friedensgesellschaft u. a.) auf ihre poli-

tische Linie zu bringen. Sie verstärkten auch den Druck auf die Gewerkschaften, indem sie neue Kontakte aufnahmen. Dabei nutzten sie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften und der Führung der SPD über politische Fragen (z. B. die Notstandsgesetzgebung) aus. Die Kommunisten werden auch 1968 alles daransetzen, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und ihre Basis im Bundesgebiet zu erweitern.

2. Die offene Arbeit der illegalen KPD fand in der Tätigkeit des Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD und der Gründung der Demokratischen Linken in Baden-Württemberg eine weitere Steigerung, die in neuen Angriffen auf das Parteiverbot zu Be-

ginn des Jahres 1968 ihren Höhepunkt hatten. Die KPD entsandte im Februar 1968 drei Spitzenfunktionäre ihres Zentralkomitees aus dem Sowjetsektor Berlins in das Bundesgebiet, um hier für die KPD auf Pressekonferenzen und Versammlungen offen zu werben.

Die Kommunisten glauben damit eine Legalisierung ihrer Partei erzwingen zu können, die sie seit dem Verbot im Jahre 1956 beharrlich anstreben. In einer ersten Phase nach dem Verbot der Partei organisierte die nach Ost-Berlin ausgewichene Parteileitung ihre schon lange vor dem Verbot vorbereitete Untergrundarbeit. Ab 1960 versuchte die KPD, in einer zweiten Phase das Verbot durch ihre „offene Arbeit“ zu unterlaufen. Einzelne Kommunisten gingen dazu über, offen für kommunistische Ziele in der Öffentlichkeit einzutreten, was ihnen rechtlich nicht verwehrt ist. Sie gaben kommunistische Zeitungen heraus und kandidierten bei Wahlen als „unabhängige“ Kandidaten. So vorbereitet gründeten Kommunisten in einer dritten Phase den Initiativausschuß für die Wiedezulassung der KPD. Dessen Arbeit beschränkt sich nicht auf die Forderung, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Wiedezulassung der verbotenen KPD geschaffen werden müssen. Unter dem Vorwand, für die Wiedezulassung der KPD einzutreten, setzten die Kommunisten ihre Arbeit für die illegale KPD fort. Der Bundesminister des Innern hat die Innenminister der Länder auf diese Sachlage hingewiesen und sie gebeten, mit geeigneten Mitteln gegen alle Aktionen der Kommunisten vorzugehen, die Ziele der illegalen KPD fördern.

Die Erläuterung der Rechtslage nach dem KPD-Verbot ist nicht Gegenstand dieses Berichts, sollte hier aber in Erinnerung gebracht werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956, in dem die Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands festgestellt wurde, bindet die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden (§ 31 Abs. 1 BVerfGG.). Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an die Innenminister und Senatoren der Länder, die Auflösung dieser Partei und das Verbot von Ersatzorganisationen durchzuführen, besteht fort und begründet eine Rechtspflicht aller für die Durchführung des Verbots zuständigen Behörden, dem Verbot der KPD insbesondere auch gegenüber ihrer „offenen Arbeit“ Geltung zu verschaffen. Auf diese Rechtslage wies u. a. die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder am 12. Oktober 1967 hin und betonte, den Kommunisten stehe es frei — auch unter altem Namen — eine neue Partei zu gründen, so-

fern der Nachweis geführt werden könne, daß diese Partei sich ernsthaft von der als verfassungswidrig festgestellten Zielsetzung und Tätigkeit der alten KPD distanzieren.

Den Gedanken einer Neugründung wies die Führung der illegalen KPD in Ost-Berlin als unannehmbar zurück. Sie fordert die Aufhebung des Verbots und die Legalisierung der Partei. Dennoch legte sie zu Beginn des Jahres 1968 den Entwurf eines neuen Parteiprogramms vor.

Der Entwurf des neuen Programms enthält keine wesentlichen Änderungen der ideologisch-politischen Grundlagen, der Ziele und der Taktik der KPD. Die angestrebte „Diktatur des Proletariats“ wird als „reale Demokratie“ umschrieben, um den alten Kern dieses Begriffs zu verhüllen. Uneingeschränkt bekennt sich die KPD zum „Marxismus-Leninismus“ und zu enger Kampfgemeinschaft mit der SED. Das schließt die bekannten Methoden revolutionären Machtkampfes und totalitärer Machtausübung ein, von denen sich die KPD weder in früheren Jahrzehnten noch in jüngerer Zeit distanziert hat.

Die KPD wird 1968 verstärkt versuchen, trotz Verbot offen und ungehindert zu arbeiten. Die illegale, geheim arbeitende Parteiorganisation wird diese offene Arbeit auch weiterhin tragen.

3. Die SED unterstützte und nutzte den Kampf der KPD für ihre härter gewordene Politik gegenüber der Bundesrepublik. Auch aus dem Inhalt der neuen Verfassung der DDR vom April 1968 wird deutlich, daß die SED eine sozialistische Umgestaltung in der Bundesrepublik erstrebt. Auf dieser Linie lag ferner die Erklärung des sowjetzonalen Staatssekretariats für westdeutsche Fragen, worin das Grundgesetz als „Dokument der Vergewaltigung des Volkswillens“ und des „nationalen Verrats und der Spaltung“ bezeichnet wird, während die KPD in ihrem Entwurf eines neuen Programms vorgibt, sie stehe auf dem Boden des Grundgesetzes.

4. Insgesamt haben die Angriffe der Kommunisten und anderer linksradikaler Gruppen — besonders des SDS — den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik auch 1967 nicht ernstlich gefährdet. Die Kommunisten mit ihren Bündnispartnern und die radikalen Gruppen des SDS haben aber im Jahre 1967 nicht zu übersehende Erfolge in ihrem Kampf gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung erzielt und die Staatsautorität beeinträchtigen können.